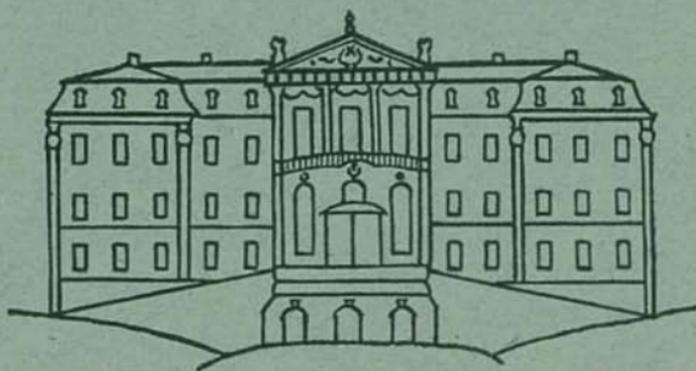


Hefte aus Burgscheidungen

10 Jahre Deutsche Demokratische Republik

Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung
zum Kampf um den Sieg des Sozialismus

Von einem Autorenkollektiv der Zentralen Schulungsstätte
„Otto Nuschke“ unter der Leitung von Heinz Büttner



Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto
Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

10 Jahre Deutsche Demokratische Republik

Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung
zum Kampf um den Sieg des Sozialismus

Von einem Autorenkollektiv der Zentralen Schulungsstätte
„Otto Nuschke“ unter der Leitung von Heinz Büttner

Christlich-DEMOKRATISCHE UNION
Deutschlands
Kreisverband Herzberg/Elster

53

21

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto
Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
I. Die ersten Schritte zur demokratischen Umgestaltung nach der Befreiung unserer Heimat	4		
1. Der 8. Mai — ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte	4		
2. Die Bedingungen zur Beseitigung des Trümmerhaufens sittlicher und materieller Werte, die Überwindung der Not der Bevölkerung	4		
3. Die Klassenkräfte in Deutschland nach der Befreiung	5		
4. Die Formierung der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone	7		
II. Das Potsdamer Abkommen — ein historisches Dokument	8		
III. Die revolutionär-demokratische Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens	10		
1. Der Kampf um die demokratische Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone	10		
2. Der Beginn des systematischen Aufbaus der Friedenswirtschaft	10		
3. Die demokratische Schulreform wird in Angriff genommen	12		
4. Die Vernichtung der ökonomischen Grundlagen der Macht des Imperialismus in der sowjetischen Besatzungszone und die ersten Wahlen zu den Landtagen	13		
IV. Der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien — Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)	13		
V. Deutschland in der Zeit von 1947/48—1949	14		
1. Truman-Doktrin und Marshall-Plan	15		
2. Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden	16		
VI. Die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone	18		
VII. Die Volkskongreßbewegung im Kampf gegen die imperialistische Spaltungspolitik ..	20		
1. Die letzte Etappe der Spaltung	20		
		2. Der forcierte Kampf um die nationale Einheit — Der 3. Deutsche Volkskongreß ..	21
		3. Die Pariser Konferenz der vier Außenminister	22
		VIII. Der nationale Notstand und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ..	23
		1. Die Bundesrepublik wird gegründet und damit die Spaltung vollendet	23
		2. Der nationale Notstand und die Nationale Front des demokratischen Deutschland	23
		3. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter- und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte	24
		IX. Über Wesen, Aufgaben und historische Rolle des Staates	26
		X. Die DDR als wahrhaft demokratischer Staat	28
		1. Zu wesentlichen Prinzipien unserer volksdemokratischen Ordnung	28
		a) Alle Macht geht vom Volke aus	29
		b) Ständige weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie	29
		c) Der demokratische Zentralismus — Ausdruck unserer wahrhaft demokratischen Staatsmacht	32
		2. Die Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit	34
		XI. Die Dialektik in der Entwicklung unserer Staatsfrage	36
		XII. Die Stellung der christlichen Demokraten zu den Prinzipien unserer volksdemokratischen Ordnung	39
		XIII. Gemeinsam handeln — gemeinsam verantworten (Der gesellschaftliche Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik)	41
		XIV. Gemeinsame Erfolge	44
		XV. Der Sozialismus siegt	46
		1. Die Festigung unserer sozialistischen Ordnung — Aufgabe unseres Staates ..	46
		2. Zukunft für alle	49
		3. Sozialistische Menschen — sozialistische Erziehung	51
		XVI. Die DDR — der einzig rechtmäßige deutsche Staat	53

I. Die ersten Schritte zur demokratischen Umgestaltung nach der Befreiung unserer Heimat

1. Der 8. Mai 1945 — ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte

Der 8. Mai 1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der Hitler-Wehrmacht, der Tag der Befreiung unseres Volkes vom Joch der Hitler-Diktatur, war zweifellos ein entscheidender Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Durch die damit bekundete vernichtende Niederlage der friedensfeindlichen, antinationalen, antidemokratischen, ja verbrecherischen Politik der deutschen Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer war für das deutsche Volk die Möglichkeit und Aufgabe gegeben, den Schlußstrich unter die verhängnisvolle Vergangenheit zu ziehen, d. h. ein friedliebendes und demokratisches Deutschland aufzubauen.

Daß diese historische Möglichkeit gegeben war, ist auf der Tatsache begründet, daß die UdSSR die entscheidende Kraft bei der Niederwerfung des deutschen Faschismus und Militarismus war, d. h. die Rote Armee den ausschlaggebenden Anteil bei der Niederringung der faschistischen Wehrmacht hatte.

Die Entwicklung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg war und ist beeinflusst durch:

- eine entscheidende Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus;
- die während des zweiten Weltkrieges einsetzende Verschärfung und Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus (Eintritt in die 2. Etappe);
- die Tatsache, daß die UdSSR aus dem zweiten Weltkrieg politisch, militärisch und moralisch gestärkt hervorging und zur Weltmacht erster Ordnung wurde.

2. Die Bedingungen zur Beseitigung des Trümmerhaufens sittlicher und materieller Werte

Die verbrecherische Politik des Naziregimes und der hinter ihm stehenden Kräfte des Monopolkapitalismus, der Junker und Militaristen hatte den zweiten Weltkrieg und damit die bisher schwerste Katastrophe in der deutschen Geschichte herbeigeführt.

Die Antifaschisten, die Aktivisten der ersten Tage, allen voran die Kämpfer der Arbeiterklasse, gingen entschlossen daran, die Trümmer und die Not zu beseitigen; sie schufen die Voraussetzungen für ein neues Leben. In Ostdeutschland, in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, gingen sie gemeinsam mit den Besatzungsbehörden daran, die Lebensverhältnisse zu normalisieren, die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Bedarfsgütern sicherzustellen, und erfüllten die deutschen Menschen mit neuer Zuversicht in ein friedliches Leben.

Darunter befand sich auch eine Vielzahl von verantwortungsbewußten Christen. Im Gründungsauftrag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 26. Juni 1945 haben die realistische Einschätzung der gegebenen Situation, die Liebe zu unserem Volk und der Wille zur Abkehr von der unseligen Vergangenheit, zur Mitarbeit am Aufbau eines wahrhaft friedliebenden und demokratischen Staates ihren Niederschlag gefunden.

3. Die Klassenkräfte in Deutschland nach der Befreiung

Mit der Befreiung hatte sich zwar das Kräfteverhältnis in Deutschland zu Ungunsten des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes verändert; jedoch „waren die Grundlagen des deutschen Imperialismus, der Herrschaft des Monopolkapitals in Deutschland noch vorhanden“¹⁾. Eine Veränderung der sozialökonomischen Struktur war mit der bedingungslosen Kapitulation und der Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die Besatzungsmächte zunächst nicht vollzogen.

Zwar konnte der deutsche Imperialismus zu diesem Zeitpunkt infolge der Zerschlagung der Hauptinstrumente seiner Klassenherrschaft, der Staats- und Militärmaschine, nicht mehr unmittelbar als politische, ökonomische und militärische Macht wirksam werden; jedoch war ihm ein ziemlich weitreichender Einfluß verblieben. Dabei ist bedeutsam, daß seine Wirksamkeit in den von den Westmächten besetzten Teilen Deutschlands, wo die Eigentumsverhältnisse nicht verändert wurden, bei weitem größer war als in Ostdeutschland.

In der sowjetischen Besatzungszone verblieb zunächst das Eigentum an den Großbetrieben in den Händen des Monopolkapitals, und zahlreichen Konzernangestellten gelang es, Einfluß auf Wirtschaft und Verwaltung zu nehmen. Durch das Verbot von Unternehmerorganisationen, die Schließung der Banken, die Flucht prominenter Industrieller, die Beseitigung belasteter Personen aus Wirtschaft und Verwaltung und vor allem durch die Besetzung

¹⁾ Walter Ulbricht, „Einheit“ 11/1951, Seite 719.

entscheidender Funktionen mit Antifaschisten und Demokraten war der Einfluß der Reaktion jedoch erheblich eingeschränkt.

Andererseits waren die Position der Arbeiterklasse und ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten durch die Niederbringung des deutschen Imperialismus wesentlich günstiger geworden. Die Neuorganisation und Formierung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie der Gewerkschaften wurde von den Antifaschisten in Angriff genommen. Das war keine leichte Aufgabe angesichts der während der faschistischen Diktatur erfolgten physischen Vernichtung vieler revolutionärer Kader der Arbeiterklasse, der unermeßlichen Kriegszerstörungen, des Chaos, der sogar in Teilen der Arbeiterschaft bestehenden ideologischen Verwirrung und der Verpulverung des 1933 von den Nazis geraubten Gewerkschaftsvermögens.

Auch in den Reihen der Bauernschaft, der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz hatten die Nazi Herrschaft und der Krieg verheerende Folgen gezeitigt. Physisch vernichtet, das Land verwüstet, wirtschaftlich ruiniert, waren auch sie das Opfer einer Willkürherrschaft geworden.

Die nach 1945 bestehende Situation eröffnete die Möglichkeit, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und der Intelligenz sowie eine enge politische Zusammenarbeit mit den Mittelschichten und den nationalgesinnten Teilen der Bourgeoisie herbeizuführen. „Entsprechend der damaligen sozialen, politischen und ökonomischen Situation und unter Berücksichtigung des Grades des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der Arbeiter stand die sozialistische Umwälzung nicht unmittelbar auf der Tagesordnung“²⁾. Zunächst galt es, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu erfüllen und diese zu Ende zu führen.

Die Lösung dieser Aufgabe war unter den Bedingungen der tiefen Katastrophe, in die der faschistische Imperialismus das deutsche Volk gestürzt hatte, notwendigerweise mit der Vernichtung der Grundlagen des deutschen Imperialismus verbunden. „Deswegen war die entscheidende Aufgabe in den Jahren 1945 bis 1949 die Vernichtung der Macht des deutschen Konzern- und Bankkapitals, der Kriegsverbrecher, der Großgrundbesitzer, Junker und deren Staatsbürokratie“³⁾.

Dabei kam es darauf an, wie schnell und in welchem Maße die Arbeiterklasse in der Lage und befähigt war,

²⁾ Vgl. Beschluß des V. Parteitags der SED, 1958, Seite 12/13.

³⁾ W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band IV, Seite 576.

ihre Organisiertheit herzustellen, ihre Einheit auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu bewerkstelligen und alle Werktätigen um sich zu sammeln, sie zu führen und in den Kampf um die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung, um die Entmachtung der Imperialisten einzubeziehen.

Das war die Zielsetzung und die historische Aufgabe der Arbeiterklasse.

4. Die Formierung der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone

Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone konnten jederzeit auf die aktive Unterstützung und Förderung durch die sowjetische Besatzungsmacht rechnen, die sich nicht nur in materieller Hilfe, sondern auch in der Zulassung von antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen zeigte. Der Erlaß des Befehls Nr. 2 durch die SMAD vom 10. Juni 1945 ließ eine solche Gründung zu. Die KPD und SPD formierten sich — wie bereits erwähnt — neu; die CDU, die LDPD, die freien Gewerkschaften (später FDGB), der Kulturbund sowie Jugend- und Frauenausschüsse (später FDJ und DFD) wurden gegründet.

Wegweisend für die demokratische Umgestaltung und Entwicklung war der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, der die Situation in Deutschland analysierte und in einem Aktionsprogramm den Weg zu einem friedliebenden und demokratischen Deutschland wies. Durch die Vereinbarungen der KPD und SPD vom 19. Juni 1945 — letztere hatte das Aktionsprogramm der KPD begrüßt — gelangten die beiden Arbeiterparteien zur Aktionseinheit; damit war der erste Schritt zur Überwindung der so verhängnisvollen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung getan.

Die CDU und LPD bejahten — ebenfalls als Lehre aus der Geschichte — die Zusammenarbeit mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften.

Der Gründungsauftrag der CDU vom 26. Juni 1945 legt davon eindeutig Zeugnis ab. Die auf seiner Grundlage vollzogene Gründung der Christlich-Demokratischen Union stellte etwas völlig Neues in der Geschichte der deutschen Christenheit und der deutschen politischen Parteien dar. Sie ist eine politische Partei neuer Art, eine Partei der neuen Demokratie. Sie berücksichtigt

1. die Fehlentscheidungen der deutschen Christenheit im 19. Jahrhundert;
2. die Mitschuld der deutschen Christenheit am Heraufziehen des Faschismus;
3. die Gefahr der konfessionellen Auseinandersetzungen in Deutschland.

Die Gründung der CDU stellte auch insofern etwas völlig Neues dar, als sie, im Gegensatz zu früheren christlichen Parteien, nicht nur im wesentlichen kulturpolitische, vor allem schulpolitische Forderungen in ihr Programm aufnahm, sondern auch und vor allem die Forderung nach demokratischen gesellschaftlichen Umwandlungen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens erhob.

Die CDU unterstützte deshalb die Verwirklichung der von der Arbeiterklasse in Angriff genommenen Reformen (Schaffung eines neuen Staatsapparates, Enteignung der Monopole, Bodenreform, Planwirtschaft, Überwindung des Bildungsmonopols). Sie tat das in ihrer Mehrheit nicht mit „Augenzwinkern“ und nur — als taktische Maßnahme — für einen Augenblick, sondern in der Erkenntnis, daß die Partei der Arbeiterklasse die Mehrheit des Volkes repräsentiert und daß nur sie auf der Grundlage der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus, gestützt auf die Erfahrungen der sozialen Kämpfe der Vergangenheit, befähigt und berufen ist, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen.⁴⁾

Der am 14. Juli 1945 erfolgte Zusammenschluß der vier Parteien zum antifaschistisch-demokratischen Block demonstriert das damit vollzogene Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen Volksschichten, die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

Die demokratische Umwälzung stützt sich

- auf die Aktionseinheit von KPD und SPD,
- auf die Zusammenarbeit der vier politischen Parteien sowie
- auf die Tätigkeit der freien Gewerkschaften und demokratischen Organisationen.

Im Gegensatz dazu verzögerten die Westmächte in ihren Besatzungszonen die Zulassung und Betätigung antifaschistisch-demokratischer Parteien, freier Gewerkschaften und demokratischer Organisationen. Damit — und das war die Zielsetzung — wurde der Restaurierung der alten bürgerlichen Kräfte Zeit verschafft, die demokratische Entwicklung verzögert und schließlich überhaupt verhindert.

II. Das Potsdamer Abkommen — ein historisches Dokument

Bereits auf den Konferenzen von Teheran (1943) und Jalta (1945) hatten die Hauptmächte der Antihitler-Koalition die militärische Besetzung Deutschlands nach der Kapitulation und die Ziele dieser Besetzung — Ent-

militarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung — vereinbart. Von diesen Grundsätzen ging auch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 aus. Das Potsdamer Abkommen stellt das Programm der gemeinsamen Politik der Siegermächte gegenüber Deutschland in der Periode der Besetzung dar.

So beschlossen die Vertreter der drei Mächte die Vernichtung des Faschismus und Militarismus sowie die Zerschlagung der Konzerne. Deutschland sollte überdies als einheitliches Ganzes sowie als wirtschaftliche Einheit behandelt werden. Um dies zu gewährleisten, war vorgesehen, zentrale deutsche Verwaltungen zu errichten. Die Erhaltung der staatlichen Einheit wurde von der UdSSR sowohl in den Konferenzen von Teheran und Jalta als auch in Potsdam entgegen den vielfältigen Spaltungsvorschlägen der westlichen Alliierten konsequent verteidigt. Mit diesem einheitlichen Deutschland soll — so sieht es das Potsdamer Abkommen vor — später ein Friedensvertrag abgeschlossen werden. Auch die deutsch-polnische Grenze entlang der Oder und Neiße wurde von allen Teilnehmern in Potsdam festgelegt.

Das Potsdamer Abkommen stellt damit die völkerrechtliche Grundlage für die Ausrottung des Faschismus und Militarismus in Deutschland, für die Errichtung einer demokratischen Ordnung sowie für die Schaffung eines friedliebenden, souveränen deutschen Nationalstaates dar.

Mit diesem Abkommen hatten die Völker der in der Antihitler-Koalition zusammengeschlossenen Länder dem internationalen Finanzkapital, dessen Bestreben in der Erhaltung und Rettung des deutschen Monopolkapitals bestand, einen schweren Schlag versetzt. Das deutsche Monopolkapital sollte nach den Plänen eines Teiles der amerikanischen, britischen und französischen Monopolisten zur Restaurierung eines imperialistischen und chauvinistischen Deutschlands mit der Stoßrichtung nach Osten Verwendung finden. Ein anderer Teil des internationalen Finanzkapitals fürchtete die Konkurrenz eines solchen Deutschlands und verwarf diese Konzeption. Das große Verlangen des deutschen Volkes nach Frieden war beiden Gruppen gleichgültig.

Gerade an diesen Tatsachen wird deutlich, wie die UdSSR in jeder Beziehung, von ihrem Beitritt zur Antihitler-Koalition an, die Interessen des deutschen Volkes vertreten hat.

⁴⁾ Vgl. Thesen zur Geschichte der CDU (I, III, IV).

III. Die revolutionär-demokratische Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens

1. Der Kampf um die demokratische Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone

Eines der wichtigsten und entscheidenden Erfordernisse der bürgerlich-demokratischen Revolution war die Durchführung einer Bodenreform. Im Herbst 1945 erfüllten die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone diese Aufgabe. Landarme und landlose Bauern, Landarbeiter und Neubürger schlossen sich in Bodenreformkommissionen zusammen und führten die Reform mit Unterstützung der Arbeiterklasse durch. Damit entstanden auf dem Lande neue ökonomische Beziehungen in der Form der gegenseitigen Hilfe der werktätigen Bauern. Die Bodenreform erfüllte das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft mit einem neuen Inhalt und schuf ihm eine neue Grundlage.

Innerhalb der CDU setzten sich in dieser Zeit die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte durch und erreichten, daß die Partei aktiv und konsequent an der Verwirklichung der Bodenreform teilnahm. Die restaurativen Kräfte unter Dr. Hermes und Dr. Schreiber erlitten damit eine Niederlage.

2. Der Beginn des systematischen Aufbaus der Friedenswirtschaft

Alleiniges Ziel der Wiederaufnahme der Produktion mußte und konnte nur die Umstellung auf den friedlichen Bedarf der Bevölkerung sein.

Die 1945 bestehenden Betriebe gliederten sich in drei Gruppen, nämlich

- die ehemaligen Monopol- und Rüstungsunternehmen,
- die privatkapitalistischen und
- die handwerklichen Betriebe.

Die ehemaligen Monopol- und Rüstungsunternehmen waren entweder der SMAD oder den Landesverwaltungen unterstellt. Die Leitung dieser Betriebe war in die Hände solcher Direktoren übergegangen, die aus der Arbeiterklasse stammten.

In der Mehrheit der Betriebe der zweiten Gruppe (privatkapitalistische Unternehmen) war das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter durch die Arbeit der Betriebsräte ge-

sichert. Jedoch ein Teil der Unternehmer war nicht an der Wiederaufnahme der Produktion interessiert, verschleierte, betrieb Schwarzmarktgeschäfte, hortete und entzog sich der Kontrolle. Die Einführung der Arbeiterkontrolle als neuer Form des demokratischen Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse war die Reaktion darauf.

Für diesen wirtschaftlichen Neubeginn und die Durchsetzung des demokratischen Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse stellten die örtlichen deutschen Selbstverwaltungen und ebenso die im September 1945 von der SMAD geschaffenen deutschen Zentralverwaltungen entscheidende Faktoren dar.

Angesichts der Kriegszerstörungen und der Abtrennung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone vom Ruhrgebiet unterstützte die sowjetische Besatzungsmacht den wirtschaftlichen Neubeginn und Aufbau.

Trotz der Beschlagnahme und vorläufigen Übernahme des Eigentums der Rüstungsindustriellen, der Nazi- und Kriegsverbrecher durch die SMAD war die Rechtsstellung und Eigentumsfrage dieser Unternehmen nicht gelöst. Das war Angelegenheit des deutschen Volkes selbst. Auch mußten diese Betriebe, besonders die Betriebsleitungen, von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern gesäubert werden. Das geschah durch die Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit den Blockausschüssen und demokratischen Verwaltungsorganen, indem durch Beschlüsse der Belegschaften die aktiven Nazis entfernt, ihre Werke aus den Konzernverbänden gelöst und den leitenden Konzernangestellten Zutritt und Einfluß verwehrt wurden. Die Leitung dieser Betriebe ging an von den Verwaltungen eingesetzte Treuhänder über. Diese Maßnahmen, die Anfang 1946 abgeschlossen waren, befanden sich in vollem Einklang mit den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens.

Die Durchsetzung und Verwirklichung der oben geschilderten Maßnahmen stärkten das Klassenbewußtsein der Arbeiter, festigten die Zusammenarbeit von KPD und SPD und ließen die Betriebsräte zu einem entscheidenden Faktor werden.

Die Mitverantwortlichkeit der Betriebsräte zeigte sich in der Mitarbeit bei der Aufstellung und Erfüllung der Produktionspläne, in der Delegation der besten Arbeiter in die Verwaltungen sowie in die Industrie- und Handelskammern. Der schwierige Prozeß der Übernahme der Leitung der Betriebe und der Lenkung der Wirtschaft durch die Werktätigen vollzog sich im Kampf um die Überwindung ideologischer Rückständigkeit, mangelnden Klassenbewußtseins und um die Lösung persönlicher Bindungen.

In den Westzonen beschritten die Monopolisten und ihre Direktoren in den Betrieben den Weg der Unterdrückung der Arbeiterklasse in den Betrieben und der Ausschaltung ihres Mitbestimmungsrechts. Die Betriebsräte wurden auf die Klärung sozialer Fragen abgedrängt und jegliche politische Aktivität unterbunden. Gemeinsam mit den Kommunisten und linken Sozialdemokraten verteidigten die Betriebsräte jene Teilerfolge, die sie unmittelbar nach der Befreiung in den westdeutschen Betrieben erzielt hatten.

3. Die demokratische Schulreform wird in Angriff genommen

Keinesfalls konnten die antifaschistisch-demokratischen Kräfte an der Notwendigkeit der Beseitigung und Ausmerzung nazistischer Ideologien und andererseits der Verbreitung humanistischen und sozialistischen Gedankengutes sowie an der Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für die demokratische Erneuerung von Volksbildung und Wissenschaft vorübergehen. Vor allen Dingen kam es darauf an, das alte Bildungsmonopol der besitzenden Klassen zu brechen.

Zielstrebig begannen die antifaschistisch-demokratischen Kräfte, das Erziehungswesen zu demokratisieren sowie die nazistischen und militaristischen Einflüsse restlos zu beseitigen. In Kurzlehrgängen wurden befähigte Persönlichkeiten zu Neulehrern ausgebildet, die an die Stelle der belasteten Nazilehrer traten.

Der von der KPD und SPD erlassene gemeinsame Aufruf zur demokratischen Schulreform stellte den ersten Schritt zum Gesetz über die Demokratisierung der Schule dar.

Zweifellos war der damit begonnene Prozeß der Beseitigung des Bildungsprivilegs und der Ausmerzung der faschistischen Ideologie ein nicht zu unterschätzender Bestandteil der demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone. Gemeinsam wurde diese schwierige Aufgabe von den im Demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen, den besten Vertretern der Intelligenz und den demokratischen Verwaltungen bewältigt und von den sowjetischen Besatzungs-offizieren unterstützt.

In den Westzonen gab es auf dem Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens infolge des Zurückbleibens der Entwicklung keine entscheidende Umwälzung. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die KPD, die linken Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowie die fortschrittlichen Intellektuellen gemeinsam oder auch einzeln um die demokratische Erneuerung des Erziehungs- und Bildungswesens bemüht waren.

4. Die Vernichtung der ökonomischen Grundlagen der Macht des Imperialismus in der sowjetischen Besatzungszone und die ersten Wahlen zu den Landtagen

Der im Sommer 1946 in Sachsen durchgeführte Volksentscheid war ausschlaggebend für das Schicksal der beschlagnahmten Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher. Das Ergebnis — 77 Prozent der Stimmberechtigten sprachen sich für die Überführung in Volkseigentum aus — entzog den Monopolisten in der sowjetischen Besatzungszone die ökonomischen Grundlagen ihrer Macht und erschütterte diese in den Westzonen.

Damit war ein sozialistischer Sektor der Wirtschaft geschaffen und erstmalig in Deutschland zu einem Teil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Das war dann auch die tragfähige Grundlage, auf der sich später der Übergang zum planmäßigen sozialistischen Aufbau vollziehen konnte.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sowie ihre damit gewonnene neue sozialökonomische Stellung wurden gesichert. Die Gesetze der fünf Landes- bzw. Provinzialverwaltungen verliehen dem im Volksentscheid manifestierten Willen des Volkes Gesetzeskraft.

Die nächste Etappe im Prozeß der Demokratisierung in der sowjetischen Besatzungszone war die Schaffung gewählter Vertretungskörperschaften. In der Zeit von Juni bis Oktober 1946 fanden die Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen statt. Die SMAD übertrug durch Befehl Nr. 33 den fünf Landtagen das alleinige Gesetzgebungsrecht. In den einzelnen Landesverfassungen geschah die gesetzliche Sanktionierung der bis dahin erzielten Erfolge des demokratischen Umwälzungsprozesses, also der Erfolge in der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung, wie Bodenreform, Enteignung des Monopolkapitals, Sicherung der demokratischen Freiheiten, Mitbestimmung der Gewerkschaften usw.

IV. Der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien — Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

Eine folgerichtige Lehre aus der Vergangenheit sowie eine unumgängliche politische Notwendigkeit war die am 19. April 1946 vollzogene Vereinigung der KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone. Damit wurde dem auf der Grundlage gemeinsamen Kampfes und Leidens von Kommunisten und Sozialdemokraten während der faschistischen Diktatur und der gemeinsamen Erfahrungen und Lehren dieses Kampfes beruhenden starken Willen zur gemeinsamen Lösung der politischen, ökonomischen

und kulturellen Aufgaben Rechnung getragen. Angesichts der bereits erwähnten Stagnation in der demokratischen Entwicklung in den Westzonen und der einheitsfeindlichen Bestrebungen innerhalb der westdeutschen SPD wurde dieser Zusammenschluß immer mehr zur politischen Notwendigkeit. Die Feinde der Vereinigung unter Dr. Schumacher waren der Unterstützung durch die westlichen Besatzungsmächte sicher.

Mit dem am 21. und 22. April 1946 durchgeführten Vereinigungsparteitag in Berlin wurde innerhalb der damaligen sowjetischen Besatzungszone die unglückselige politische Spaltung der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus überwunden und damit eine neue Epoche in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eröffnet.

Die Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands hatte auch insofern eine eminente Bedeutung, als sie als untrennbarer Bestandteil des Ringens um die demokratische Umwälzung und die Errichtung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und souveränen deutschen Nationalstaates zu betrachten ist. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone bewirkte eine weitere Festigung des Demokratischen Blocks und in den westlichen Besatzungszonen einen neuen Aufschwung in den Einheitsbestrebungen der westdeutschen Arbeiterklasse.

Historisch betrachtet hat die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien insofern ausschlaggebende Bedeutung, als

1. der Marxismus-Leninismus innerhalb der deutschen Arbeiterklasse einen entscheidenden Sieg errang;
2. unter Beachtung der wichtigsten Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung die verhängnisvolle Zwiertracht und Spaltung beseitigt wurde;
3. mit der SED eine fest organisierte, unüberwindliche Kampfpartei entstand, die in der Lage und befähigt war, die demokratischen Umwälzungen durchzuführen und die bereits erzielten Erfolge zu sichern und weiterzuführen;
4. die SED zu der führenden Kraft werden konnte, um die sich alle antifaschistischen, aufbauwilligen und demokratischen Kräfte scharen konnten.

V. Deutschland in der Zeit von 1947/48 bis 1949

Mit der zweiten Hälfte des Jahres 1947 beginnt ein neuer Abschnitt der Geschichte Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß die imperialistischen Westmächte gemeinsam mit der deutschen Reaktion unverhüllt und unmittelbar zur Spal-

tung Deutschlands übergangen mit dem Ziel, auf dem Territorium der drei westlichen Besatzungszonen einen westdeutschen Separatstaat zu bilden.

In dem Maße, in dem Deutschland gespalten wurde und der USA-Imperialismus seine Herrschaft über Westdeutschland errichtete, verstärkte sich der Einfluß des deutschen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes, festigten sich deren Positionen. Die Restauration des deutschen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes und die Festigung ihrer Macht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurden zum bestimmenden Faktor in der westdeutschen Entwicklung.

Dieser Abschnitt wird ferner dadurch charakterisiert, daß in der sowjetischen Besatzungszone die antifaschistischen Kräfte unter Führung der SED, unterstützt von der sozialistischen Besatzungsmacht, die in den Jahren 1945 bis 1947 vollzogenen demokratischen Umgestaltungen sicherten. Sie errichteten „ein antifaschistisch-demokratisches Regime, in dem die Arbeiterklasse zwar starken Einfluß besitzt, in dem aber auch andere Werktätige und zum Teil besitzende Schichten an der Machtausübung beteiligt sind“⁵⁾.

Infolge der völkerrechtswidrigen Okkupationspolitik der drei imperialistischen Mächte und der antinationalen Politik der deutschen Reaktion wurde die Gefahr der Spaltung Deutschlands immer größer.

1. Truman-Doktrin und Marshall-Plan

Durch die Verkündung der Truman-Doktrin (14. März 1947) und des vom US-Außenminister Marshall am 5. Juni 1947 proklamierten Programms, das später als Marshall-Plan (ERP) bekannt geworden ist, wurde eine neue amerikanische Außenpolitik eingeleitet.

Der Marshall-Plan hatte die Aufgabe, „einen Block von Staaten, die durch Verpflichtungen gegenüber den USA verbunden sind, zusammenzuzimmern und die amerikanischen Anleihen als Gegenleistung für den Verzicht der europäischen Staaten auf ihre wirtschaftliche und später auch auf ihre politische Selbständigkeit zu gewähren“⁶⁾.

In Verletzung des Potsdamer Abkommens und unter Ignorierung der Beschlüsse der Moskauer Konferenz setzten die Westmächte ihre Politik der Spaltung Deutschlands und der Stärkung des deutschen Monopolkapitals fort. Das geschah in Übereinstimmung und auf der Grundlage der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans.

⁵⁾ Vgl. Otto Grotewohl, Protokoll der 1. Parteikonferenz, Berlin 1947, Seite 335.

⁶⁾ Vgl. A. Shdanow, „Über die internationale Lage“, Berlin 1947, S. 23.

Diesen letzteren Plan lehnte die UdSSR auf der Pariser Konferenz der Außenminister der Großmächte (1947) unter den von den USA vorgeschlagenen Bedingungen ab, da er zur Unterwerfung einer Reihe europäischer Länder unter das amerikanische Finanzkapital führen und damit die Spaltung Europas im Gefolge haben mußte. Außerdem mußte die Einbeziehung der drei Westzonen in den Marshall-Plan die Spaltung Deutschlands herbeiführen.

Immer offensichtlicher war die Besatzungspolitik der drei Westmächte darauf gerichtet, die Spaltung Deutschlands ökonomisch, politisch und staatsrechtlich zu vollenden. Diese Politik wurde verfolgt, nachdem alle ihre Bestrebungen gescheitert waren, auch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in ihren Machtbereich einzugliedern.

Die einzelnen Etappen auf dem Wege zu diesem Ziel waren:

- Beschluß über die Errichtung staatlicher Organe für die Bi-Zone vom 29. Mai 1947;
- Richtlinien der US-Regierung vom 17. Juli 1947 an General Clay;
- Revision des Industrieplanes vom 26. August 1947;
- Empfehlung der Marshall-Plan-Konferenz in Paris, die Westzonen Deutschlands in den Marshall-Plan einzubeziehen;
- stärkere Bindung des Saargebiets an Frankreich durch die Einführung der Saarmark sowie die Annahme der Verfassung (Artikel 57), die das Saargebiet zum „autonomen Land“ machte, das wirtschaftlich Frankreich angegliedert wurde.

2. Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden

In Anbetracht der Gefahr für den Bestand der deutschen Nation, die Sicherheit Europas und den Weltfrieden verstärkte die SED im Bündnis mit den übrigen Parteien den Kampf um die Erhaltung der nationalen Einheit, zumal die Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München (Juni 1947) erfolglos verlaufen war. Den westlichen Ministerpräsidenten war von den drei westlichen Militärgouverneuren verboten worden, über die nationale Einheit Deutschlands zu verhandeln. Die fünf Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone ersuchten daraufhin den Alliierten Kontrollrat, die Einheit Deutschlands unter allen Umständen zu erhalten und zu bewahren.

Angesichts des immer offensichtlicher werdenden nationalen Notstandes faßte der II. Parteitag der SED (20. bis 24. September 1947) bedeutsame Beschlüsse. Inhalt dieser Beschlüsse war der Vorschlag, einen Volksentscheid über die Gestaltung Deutschlands durchzuführen, deutsche Zentralverwaltungen zu schaffen, eine provisorische Regierung zu bilden und gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung abzuhalten.

Am 13. November 1947 erließ die SED ein „Manifest an das deutsche Volk zur Londoner Konferenz“ und lud alle deutschen Parteien zu einem „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ zum 6. und 7. Dezember 1947 nach Berlin ein. Auf diesem Kongreß waren Vertreter aller Klassen und Schichten der deutschen Bevölkerung sowie aller Parteien und vieler Organisationen anwesend. Die Delegierten richteten ein Manifest an das deutsche Volk und wählten eine Delegation, die Deutschland auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz in London vertreten sollte. Es konstituierte sich ein Ständiger Ausschuß der Volkskongreßbewegung mit Wilhelm Piesk, Otto Nuschke und Dr. Wilhelm Külz als Vorsitzenden.

Nach ergebnislosen Verhandlungen sprengte der amerikanische Außenminister die vom 25. November bis 15. Dezember 1947 stattgefundene Londoner Konferenz. Die dort vorgebrachten sowjetischen Vorschläge über die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, über den Abschluß eines Friedensvertrages, die Bildung einer deutschen Regierung, die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und andere verfielen der Ablehnung durch die Westmächte. Das von der sowjetischen Delegation vorgelegte Konferenzprogramm stellte einen realen Weg zur Erhaltung der deutschen Einheit und zur Sicherung des Friedens dar.

Die 1947 entstandene Volkskongreßbewegung erfaßte immer breitere Schichten unseres Volkes und erstarkte im Kampf gegen die Diktatpolitik der imperialistischen Westmächte und ihrer deutschen Helfer. Der zweite Deutsche Volkskongreß wurde zum 17. und 18. März 1948 nach Berlin einberufen. Die Delegierten beschlossen, in der Zeit vom 23. Mai bis 15. Juni 1948 ein Volksbegehren über die Einheit Deutschlands durchzuführen; sie wählten den Deutschen Volksrat als nationale Repräsentation des deutschen Volkes. Ihm gehörten je 200 west- und ostdeutsche Mitglieder an.

Der Ständige Ausschuß des Volkskongresses forderte vom Kontrollrat eine Volksabstimmung, die Ausarbeitung einer Verfassung und eines Wahlgesetzes zur Wahl einer Nationalversammlung sowie die Bildung einer deutschen Zentralregierung.

Die Vorsitzenden der Landesverbände der Christlich-Demokratischen Union hielten am 11. und 12. Februar 1948 in Berlin eine Tagung ab, auf welcher folgende Entscheidung angenommen wurde (gekürzt):

„Angesichts der durch die britisch-amerikanische Bizonen-Charta heraufbeschworenen Gefahren eines weiteren Auseinanderfallens Deutschlands in einen östlichen und einen westlichen Teil erneuern die Landesvorsitzenden der Union ihren entschlossenen Willen, mit allen nur möglichen Mitteln dieser Gefahr entgegenzutreten. Sie erblicken im Volkskongreß in seiner eindeutigen Beschränkung auf die Zielsetzung für Einheit und gerechten Frieden eine dieser Möglichkeiten und beschließen die Teilnahme der Union am zweiten Volkskongreß.“⁷⁾

Seit dem ersten Volkskongreß war die nationale Bewegung in ganz Deutschland angewachsen; in allen Teilen Deutschlands entstanden vorbereitende Gründungsausschüsse. Der nächste Volkskongreß fand unter Teilnahme von Otto Grotewohl in Bremen statt und wurde zu einer Manifestation des Einheitswillens des deutschen Volkes. Dem folgte in den Westzonen das Verbot der Durchführung der geplanten Volkskongresse für Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bayern und schließlich der ganzen Volkskongreßbewegung.

In den Westzonen gelang es der Volkskongreßbewegung nicht, den notwendigen organisatorischen Zusammenschluß herzustellen. Die reaktionären Kräfte verstanden es, ihre antinationale Politik zu tarnen, die Volkskongreßbewegung abzufangen und das Verlangen unseres Volkes nach nationaler Einheit für ihre antidemokratischen Ziele zu nutzen. Das geschah z. B. mit der Nationalfeier am 18. Mai 1948 in der Frankfurter Paulskirche. Dort wurde zwar viel über die nationale Einheit deklamiert, aber nichts für sie getan. Dagegen legte die 5. Tagung des Deutschen Volksrates am 18. Mai 1948 ein echtes Bekenntnis zur Einheit ab. Sie berief sich auf die fortschrittlichen Traditionen aus den Befreiungskriegen und der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49. Außerdem beschloß sie die Farben „Schwarz-Rot-Gold“ für die künftige einheitliche demokratische Republik.

VI. Die Festigung der antifaschistisch - demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone

Durch die Entmachtung des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes waren in der sowjetischen Besatzungszone die Klassenstruktur und die Produktionsverhältnisse entscheidend verändert worden. Auf der Grundlage der

⁷⁾ Vgl. Dokumente der CDU, Seite 10.

Veränderung der Produktionsverhältnisse war eine völlig neue sozial-ökonomische Struktur entstanden. Von nun an existierten drei verschiedene Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln, nämlich das sozialistische Eigentum, das auf individueller Arbeit beruhende Privateigentum und das kapitalistische Eigentum. Entsprechend diesen drei Eigentumsformen existierten drei Wirtschaftsformen, nämlich der volkseigene Sektor, der Sektor der kleinen Warenwirtschaft und der kapitalistische Sektor. Die auf dieser sozialökonomischen Basis beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse wurden auf der 1. Parteikonferenz der SED als „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ definiert, eine Ordnung, in der die Arbeiterklasse bereits die entscheidenden Kommandohöhen besetzt hat und die auf der Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte beruht. Durch diese Zusammenarbeit wurden die Macht und die führende Rolle der Arbeiterklasse immer mehr gefestigt und gestärkt.

Für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung war die erste Staatspolitische Konferenz in Werder (Havel) am 23. und 24. Juli 1948 von großer Bedeutung. Hier entwickelte Walter Ulbricht die Hauptaufgaben der demokratischen Verwaltung in der neuen Etappe des Aufbaus.

Die zu lösenden Aufgaben wurden nicht geringer, sondern vielfältiger und schwieriger. Für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und den Vormarsch der Arbeiterklasse war die tätige, vielseitige Mitarbeit der Volksmassen von entscheidender Bedeutung. Die Volksmassen mußten mehr und mehr befähigt werden, die umfassenden Aufgaben des gesellschaftlichen Aufbaus zu lösen.

Um die SED besser zu befähigen, die führende Rolle beim demokratischen Neuaufbau zu verwirklichen, ging das ZK der SED zu einer umfassenden Offensive über. Die SED wurde auf der Grundlage der dadurch erreichten politischen, ideologischen, theoretischen und organisatorischen Festigung zu einer Partei neuen Typus. Das geschah in der Auseinandersetzung mit revisionistischen Theorien, dem Opportunismus, dem Sektierertum und mit der Entlarvung reformistischer und feindlicher Elemente sowie der Tätigkeit westlicher Geheimdienste (Ostbüro der SPD).

Die erwähnte 1. Parteikonferenz der SED faßte überdies wichtige Beschlüsse auf den Gebieten der Blockpolitik sowie der Staats- und Wirtschaftspolitik.

In der CDU errang der fortschrittliche, konstruktive Flügel um Otto Nuschke, Dr. Lobedan, Luitpold Steidle, August Bach u. a. den bestimmenden Einfluß in der Partei.

Im Sommer 1948 erfolgte die Gründung zweier weiterer Parteien, der „National-Demokratischen Partei Deutschlands“ (NDPD) und der „Demokratischen Bauernpartei Deutschlands“ (DBD), die sich ebenfalls zur Blockpolitik und zu deren Programm vom 14. Juli 1945 bekannten.

Der antifaschistisch-demokratische Block wurde in „Demokratischer Block“ umbenannt. Ihm gehörten jetzt die bisherigen, die beiden neu gegründeten Parteien sowie der FDGB an. Mit Unterstützung der SED und der übrigen Parteien festigten sich nun auch der FDGB und die anderen Massenorganisationen und wurden in die entsprechenden Weltorganisationen aufgenommen (WGB, IDFF, WBDJ). Sie verstanden es von nun an immer besser, die verschiedenen Schichten der Bevölkerung in den demokratischen Aufbau einzubeziehen. Die Gründung des Verbandes der Jungen Pioniere (Dezember 1948) bedeutete einen weiteren Schritt zur Demokratisierung der Schule und zur Erziehung der Jugend im Geiste des Humanismus, des Fortschritts, der Demokratie und des Friedens. Für die späteren beachtlichen Erfolge der Sportler der DDR war die Schaffung der demokratischen Sportbewegung die entscheidende Grundlage.

Die politischen Parteien und Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone stellten freundschaftliche Beziehungen zu ihren Bruderparteien bzw. Schwesterorganisationen in der UdSSR, in der Volksrepublik Polen und der CSR sowie in anderen Ländern her.

VII. Die Volkskongreßbewegung im Kampf gegen die imperialistische Spaltungspolitik

1. Die letzte Etappe der Spaltung

Im Frühjahr 1949 gingen die imperialistischen Westmächte und die westdeutschen Politiker dazu über, die letzten Vorbereitungen zur Errichtung eines westdeutschen Staates zu treffen. Die Grundlage dafür bildeten die Beschlüsse der Washingtoner Dreimächte-Konferenz (5. bis 8. April 1949), die das Besatzungsstatut, eine Dreimächtekontrolle, eine Ruhrbehörde, die Festlegung eines neuen Industrieniveaus und eine Neuregelung der Demontagen sowie die Fusion der drei Westzonen mit sich brachten bzw. einleiteten. Das war der entscheidende Schritt zur endgültigen Teilung Deutschlands.

Am 17. Januar 1949 schufen die westlichen Besatzungsmächte ein „Militärisches Sicherheitsamt“. Am 10. April 1949 veröffentlichten sie das Besatzungsstatut und das Abkommen über die Vereinigung der drei Westzonen.

Dem folgten das Abkommen über das Industrieniveau (13. April 1949) sowie die Unterzeichnung des Ruhrstatuts (28. April 1949).

Durch diese Maßnahmen hatte sich der USA-Imperialismus vor seinen englischen und französischen Rivalen die unumschränkte Vorherrschaft in Westdeutschland gesichert; das westdeutsche Monopolkapital war zum Juniorpartner des USA-Finanzkapitals geworden. Jetzt war der Weg zur Errichtung einer vom USA-Imperialismus abhängigen westdeutschen Bundesrepublik frei.

Parallel zu den Maßnahmen der Westmächte liefen die Arbeiten des „Parlamentarischen Rates“. Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ wurde am 8. Mai 1949 angenommen, am 12. Mai von den drei Westmächten bestätigt, am 23. Mai 1949 verkündet und in Kraft gesetzt. Die Schaffung der westdeutschen Bundesrepublik stand nun unmittelbar bevor. Die eintretende Verzögerung beruhte auf dem nationalen Widerstand in ganz Deutschland und der zu erwartenden Zusammenkunft der vier Außenminister in Paris.

2. Der forcierte Kampf um die nationale Einheit — Der dritte Deutsche Volkskongreß

In der Erkenntnis der drohenden nationalen Gefahr vervielfachten die deutschen Patrioten ihre Bemühungen, die Einheit der Nation zu wahren. Jetzt standen der Kampf um die Erhaltung der nationalen Einheit, für eine deutsche Zentralregierung, den Abschluß eines Friedensvertrages und die Forderung auf Abzug der Besatzungstruppen im Vordergrund und Mittelpunkt (1. Parteikonferenz der SED, 25. bis 28. Januar 1949, und 1. Parteikonferenz der KPD, März 1949).

Auf der 6. Tagung des Deutschen Volksrates wurde die Verfassung für eine deutsche demokratische Republik gebilligt. Der Deutsche Volksrat rief alle Patrioten auf, sich in der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zum Kampf um die Erhaltung der Einheit zusammenzuschließen. Der Deutsche Volksrat richtete am 7. Mai 1949 an den Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt (Main) die Forderung, mit ihm über die unverzügliche Herstellung der Einheit zu beraten.

Infolge der Verbotsmaßnahmen der Besatzungsmächte, des Fehlens der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, der Verhinderung der Demokratisierung und Entnazifizierung sowie der fortschreitenden Stärkung des deutschen Monopolkapitals durch die Westmächte konnte die Volkskongreßbewegung in Westdeutschland nicht die erforderliche Kraft aufbringen, die Spaltung zu verhindern; es

gelang ihr nicht, die Westmächte zur Respektierung der Einheit Deutschlands und des nationalen Willens des deutschen Volkes zu zwingen.

In Ostdeutschland wurde die Volkskongreßbewegung von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Das bewiesen mit aller Deutlichkeit die Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongreß. Der dritte Deutsche Volkskongreß am 29./30. Mai 1949 nahm die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik an; er wählte eine Delegation zur bevorstehenden Außenministerkonferenz, ein neues Präsidium, ein Sekretariat und beschloß, die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden in „Nationale Front des demokratischen Deutschland“ umzubenenen.

3. Die Pariser Konferenz der vier Außenminister

Nachdem die Friedenspolitik der UdSSR und der Wille der Völker die Westmächte an den Verhandlungstisch gezwungen hatten, traten vom 23. Mai bis 20. Juni 1949 die vier Außenminister in Paris zu Verhandlungen zusammen. Allerdings verfielen die Vorschläge der sowjetischen Delegation, die den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprachen, nämlich Abschluß eines Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen binnen Jahresfrist, Wiederherstellung des Alliierten Kontrollrates und der Alliierten Kommandantur von Berlin, Schaffung eines gesamtdeutschen Staatsapparates auf der Grundlage der in beiden Teilen Deutschlands bestehenden Organe u. a., der Ablehnung durch die Außenminister der Westmächte. Ihre Versuche zielten vielmehr darauf ab, die westdeutsche Verfassung und das Besatzungsstatut auf die sowjetische Besatzungszone auszudehnen; praktisch hieß das, die sowjetische Besatzungszone den drei Westzonen anzugliedern und die hier seit 1945 erfolgte demokratische Umgestaltung aufzuheben.

Allerdings erbrachte die Pariser Konferenz einen modus vivendi und eine vorläufige Entspannung. Das hinderte jedoch die Westmächte nicht, unmittelbar nach der Konferenz die Spaltung fortzusetzen. Sie veröffentlichten am Schluß der Konferenz die sogenannte Charta der Alliierten Hohen Kommission, die sich auf das Besatzungsstatut stützte. Durch die damit erfolgte Sicherung der Position und der Vorherrschaft des USA-Imperialismus ermuntert, traf die deutsche Reaktion die letzten Maßnahmen zur endgültigen Spaltung Deutschlands. Der nächste Schritt war nun die Vorbereitung der Wahlen für den Bundestag und der Regierungsbildung.

VIII. Der nationale Notstand und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

1. Die Bundesrepublik wird gegründet und damit die Spaltung vollendet

Das Ergebnis der am 14. August 1949 vollzogenen Wahl zum Bundestag — die bürgerlichen Parteien gelangten zum Sieg — muß als folgenschwere politische Fehlentscheidung gewertet werden. Damit war die Spaltung Deutschlands besiegelt, waren in Westdeutschland das Monopolkapital und Junkertum endgültig auch politisch wieder in den Sattel gehoben. Die KPD als die einzige Vertreterin der nationalen Interessen war sowohl im Wahlkampf als auch durch das Wahlgesetz benachteiligt gewesen. Die Ursachen des Mißerfolges der SPD bestanden vor allem in der opportunistischen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer, die sich lediglich auf Scheinkämpfe gegen die bürgerlichen Parteien beschränkten. Sie wählten wieder einmal das „kleinere Übel“ und vertraten nicht die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation. Sie hatten damit den Boden des Marxismus verlassen sowie die historischen Lehren und Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse verleugnet. Ein Zusammengehen mit der KPD wurde abgelehnt, ja erbittert gegen diese gekämpft.

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer stellte in jeder Beziehung ein antinationales, antidemokratisches und revanchistisches Programm dar. Die Innenpolitik der Bundesrepublik orientierte er auf eine Stärkung des deutschen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes. Seine außenpolitischen Forderungen bestanden, wie heute noch, in der völligen Revision des Potsdamer Abkommens und vor allem in einer „Rückgewinnung“ der Gebiete östlich von Oder und Neiße. Damit machte sich Adenauer zum Sprecher des Revanchismus.

2. Der nationale Notstand und die Nationale Front des demokratischen Deutschland

Durch die Gründung der Bundesrepublik wurde Deutschland in zwei Teile zerrissen und damit von den Westmächten rund zwei Dritteln der Nation die Unabhängigkeit und Souveränität verwehrt. Der Abschluß eines Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungstruppen waren dadurch in noch größere Ferne gerückt. Überdies bedrohten die Auswirkungen der Spaltung die

Einheit der deutschen Nation überhaupt, wenn auch die Nation als historisch entstandene Gemeinschaft fortbesteht und keinesfalls in wenigen Jahren ausgelöscht werden kann.

Durch die Spaltung und die damit verbundene Restauration des Monopolkapitals in Westdeutschland erhielten die aggressiven Kräfte wieder die Möglichkeit, Spannungen in Europa zu erzeugen.

3. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte

In Anbetracht der durch die Gründung der Bundesrepublik geschaffenen Situation, angesichts des von den Westmächten und den reaktionären deutschen Kräften heraufbeschworenen nationalen Notstandes erwies sich die Existenz der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands als tragfähige Plattform für die Wahrung der Interessen des Volkes und die Sicherung der Zukunft der Nation. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung erhielt historische Bedeutung für den Kampf der deutschen Patrioten um die Einheit der Nation.

Ein auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone zu errichtender demokratischer Staat mußte, um die Plattform des nationalen Kampfes sein zu können, auf lange Sicht imstande sein, die staatliche Einheit unserer Nation wiederherzustellen. Diese Aufgabe fiel dem Deutschen Volksrat zu. Auf seiner 7. Tagung am 7. Oktober 1949 proklamierte er die Deutsche Demokratische Republik.

Das am 12. Oktober 1949 von Ministerpräsident Otto Grotewohl verkündete Regierungsprogramm spiegelt bereits die patriotische Zielsetzung der DDR wider. Die Regierungspolitik ist gerichtet auf die demokratische und friedliche Wiedervereinigung, die systematische Verbesserung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung sowie die demokratische Erneuerung und Pflege der Kultur. In der am 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzten Verfassung fand die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit ihren rechtlichen Niederschlag.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war nicht allein die Reaktion auf die Errichtung der Bundesrepublik, um das Gebiet der damaligen sowjetisch besetzten Zone nicht zu einem „unerlösten Gebiet“ werden zu lassen; sie war darüber hinaus und vor allem ein nationales Ereignis von europäischer Bedeutung. Sie war in erster Linie ein historisches Erfordernis auf Grund der

Lehren aus der Geschichte unseres Volkes, das gesetzmäßige Ergebnis des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes. Mit ihrer Gründung ist der entscheidende Schritt zur Verwirklichung der Ziele des mehr als hundertjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung getan worden. Sie ist außerdem, wie bereits erwähnt, die staatliche Grundlage des gesamtdeutschen Kampfes um die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Sie ist der erste Friedensstaat in der deutschen Geschichte, das Fundament für einen einheitlichen, friedliebenden, demokratischen, souveränen deutschen Nationalstaat. Die DDR garantiert die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands; sie ist im Herzen Europas das Bollwerk des Friedens und der Demokratie. Mit der Gründung der DDR und ihrer Existenz wurde und wird den Plänen der in- und ausländischen Spalter ein entschiedenes Halt geboten.

Zusammenfassend wollen wir feststellen, daß die vorstehend charakterisierte erste Etappe der Revolution auf dem Gebiet der damaligen sowjetisch besetzten Zone zum Typ der bürgerlich-demokratischen Revolutionen zu rechnen ist und einen antiimperialistischen, antifaschistischen Charakter hatte. Die Revolution war gegen die eigenen Imperialisten gerichtet; sie zielte auf den Sturz des Imperialismus und Militarismus im eigenen Lande, auf die Beseitigung der politischen und ökonomischen Grundlagen der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer hin.

Mit der begrifflichen Bezeichnung „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ wird diese erste Etappe der volksdemokratischen Revolution am genauesten und anschaulichsten bezeichnet, zumal sich die volksfeindliche und antinationale Herrschaft des Imperialismus und Militarismus in Deutschland 1933 bis 1945 im Faschismus gezeigt hatte.

Die unter der Hegemonie der Arbeiterklasse durchgeführte Revolution verband die Vollendung der bürgerlichen Revolution mit der ersten Phase der sozialistischen Revolution; sie führte zur Herausbildung sozialistischer Elemente (entscheidender Einfluß der Arbeiterklasse auf die gesamte Politik, Schaffung eines volkseigenen Sektors in der Volkswirtschaft, Aktionseinheit der Arbeiterklasse als Garantie für die konsequente Umwälzung usw.).

IX. Über Wesen, Aufgaben und historische Rolle des Staates

Wenn man den Entwicklungsweg unseres Arbeiter- und Bauern-Staates vom ersten schweren Beginnen bis zum gegenwärtigen erfolgreichen Kampf für den endgültigen Sieg des Sozialismus richtig verstehen und seine weiteren Perspektiven überschauen will, muß man sich grundsätzlich auf Wesen, Aufgaben und historische Rolle des Staates besinnen. Das soll in der hier gebotenen Kürze geschehen.

Von grundlegender Bedeutung bei der Einschätzung dessen, was sich unter dem komplexen Begriff „Staat“ verbirgt, ist die Erkenntnis, daß der Staat eine historisch bedingte Erscheinung ist und seinem Wesen nach nichts anderes darstellt als ein Organ der Klassenherrschaft. Er existiert grundsätzlich als besondere Machtorganisation, d. h. unter den Bedingungen der klassengespaltenen Gesellschaft als eine Einrichtung zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere.

Die Vergangenheit und noch ausgeprägter die Gegenwart zeigen uns nun, daß es — grob gekennzeichnet — zwei Typen von Staaten gibt: einmal Staaten, die sich in den Händen der Ausbeuterklasse befinden und in denen eine skrupellose Minderheit über die niedergehaltene Mehrheit regiert; zum anderen Staaten, in denen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist bzw. die Reste der Ausbeutung liquidiert werden, in denen folglich die Werktätigen herrschen. Der Ausbeuterstaat als ein „Instrument der Unterordnung der Massen“ ist also jenem Staat, der zu einem „Instrument der Entfaltung aller produktiven Kräfte und des höchsten Bewußtsein“ geworden ist, diametral entgegengesetzt.⁸⁾

Damit ist auch bereits die innere, die hauptsächlichste Funktion einerseits des Ausbeuterstaates, andererseits des sozialistischen Staates angedeutet: jener ist darauf bedacht, durch das rücksichtsloseste „Im-Zaum-Halten“ der ausgebeuteten Mehrheit zugunsten der ausbeutenden Minderheit seine Existenz zu konsolidieren; dieser aber verwirklicht eine kämpferische, sozialistische und damit ethisch höchstentwickelte Demokratie, indem er in der Übergangsperiode durch das „Im-Zaum-Halten“ der unterdrückten, auf Ausbeutung bedachten Minderheit zugunsten der werktätigen Mehrheit regiert.

Dieser Erkenntnis entspricht auch die Tatsache, daß — wie uns auch ein Blick auf die staatliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands mit großer Deutlichkeit be-

⁸⁾ Vgl. W. Ulbricht auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz, April 1958 an der Akademie „Walter Ulbricht“.

weist — jeder Gesellschaftsordnung ein bestimmter Staatstyp eigen ist, wobei die ökonomische Basis den Klasseninhalt des betreffenden Staates bestimmt. Der bürgerliche Staat muß — will er existieren — seinem Klasseninhalt nach eine Diktatur der Bourgeoisie sein, während der sozialistische Staat folgerichtig seinem Klasseninhalt nach die Diktatur des Proletariats konsequent verwirklicht, weil nur so der Sieg des Sozialismus Wirklichkeit werden kann.

Von um so größerer Bedeutung ist somit die Rolle des Staates, der volksdemokratischen Staatsmacht, des sozialistischen Staatsapparates in der Übergangsperiode, in dem historischen Abschnitt also, in dem sich unsere Republik gegenwärtig befindet und der in den hinter uns liegenden zehn Jahren so entscheidende historische Umwälzungen mit sich gebracht hat. Gewiß, in den vergangenen schweren Aufbaujahren sind die Grundlagen des Sozialismus geschaffen worden; der endgültige Sieg des Sozialismus jedoch erfordert noch größere Kraftanstrengungen aller Bürger in Stadt und Land. Dabei ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß nun die Volksmassen selbst noch viel mehr als bisher die entscheidende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung sind, d. h.: sie gestalten selbst den Staat, ihren Staat, den ersten Staat der Arbeiter und Bauern in der deutschen Geschichte. Das aber bedeutet: die Aufgaben unserer Staatsmacht sind in den vor uns liegenden Jahren der Verwirklichung unseres Siebenjahresplanes noch größer als bisher.

Die Aufgaben unserer Staatsmacht wurden von Walter Ulbricht auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz im April 1958 in Babelsberg wie folgt konkretisiert und zusammengefaßt:

1. Die Arbeiter- und Bauern-Macht vor Überfällen durch die aggressiven imperialistischen Mächte schützen;
2. als Hauptinstrument des werktätigen Volkes bei der sozialistischen Umgestaltung den Kampf für die Durchführung der Volkswirtschaftspläne führen, um die ständige Erweiterung und Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der fortschrittlichen Technik zum Zwecke einer möglichst vollständigen Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft, der ständigen Steigerung des Wohlstandes und allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft zu sichern, und das sozialistische Bewußtsein der Massen systematisch entwickeln;
3. Schutz der gesellschaftlichen Ordnung vor allen Versuchen der Klassegegner, durch Unterwühlung unsere gesellschaftliche Ordnung zu schwächen, den reibungslosen Ablauf des gesellschaftlichen und ökonomischen

Lebens zu stören, Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung durch Straf- und Erziehungsmaßnahmen gegenüber denjenigen Bürgern der Republik, die ihre Pflichten mißachten und Handlungen begehen, die gegen unsere Gesetze verstoßen und unserer gesellschaftlichen Ordnung und dem sozialistischen Aufbau Schaden zufügen;

4. Entwicklung fester freundschaftlicher Beziehungen und systematische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Staaten des sozialistischen Lagers.⁹⁾

Die Verwirklichung dieser Aufgaben hat in den zehn Jahren seit Gründung unserer Republik immer raschere Fortschritte gemacht, weil die Prinzipien, unter denen eine volksdemokratische Ordnung einzig möglich ist, in unserem Staate mit immer größerer Entschiedenheit durchgesetzt wurden. Davon soll im folgenden Abschnitt die Rede sein.

X. Die DDR als wahrhaft demokratischer Staat

1. Zu wesentlichen Prinzipien unserer volksdemokratischen Ordnung

Die immer rascher fortschreitende Aufwärtsentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik stellte seit jenem historischen Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED 1952, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse vor ständig größere und komplizierter werdende Aufgaben. Die „Aufgaben der verschiedensten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens lösen sich selbstverständlich nicht von allein, automatisch, wie ja überhaupt die sozialistische Revolution kein spontaner Prozeß, sondern ein historischer Akt ist, der von den Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei bewußt vollzogen werden muß“.¹⁰⁾ Die revolutionäre Veränderung der ökonomischen Basis und die damit verknüpfte Neugestaltung des staatlichen Überbaus war seit dem ersten Tage unseres Neubeginns von einem tiefgreifenden ideologischen Umwandlungsprozeß begleitet, dessen Leitlinien identisch sind mit einer Reihe wesentlicher volksdemokratischer Ordnungsprinzipien. Die Beachtung dieser Prinzipien in den vergangenen zehn Jahren und die noch konsequentere Verwirklichung und Durchführung der darin enthaltenen

⁹⁾ Vgl. W. Ulbricht auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz, April 1958 an der Akademie „Walter Ulbricht“.

¹⁰⁾ Vgl. G. Söder. Der dialektische Materialismus — eine Waffe beim Aufbau des Sozialismus.

demokratischen Grundforderungen in Zukunft lassen unsere Republik zum Vorbild und Beispiel im gesamtdeutschen Rahmen werden. Diese Tatsache soll nachfolgend an einigen wesentlichen Prinzipien unserer volksdemokratischen Ordnung veranschaulicht werden.

a) *Alle Macht geht vom Volke aus*

Das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung des Volkes wurde bereits konsequent beachtet, als der Entwurf unserer Verfassung ausgearbeitet wurde. Aus allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung wurden nach gründlichen Diskussionen Abänderungsvorschläge unterbreitet. Unsere Bevölkerung nahm am Entstehen unserer Verfassung entscheidenden Anteil, womit der im Artikel 3 der Verfassung festgelegte Grundsatz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ zur gesellschaftlichen, in Deutschland noch nie dagewesene Wirklichkeit wurde.

Der gesamte Staatsaufbau, die Arbeit des Staatsapparates selbst entsprechen nicht nur formal den Forderungen des Artikels 3 der Verfassung, sondern sie garantieren seine volle Verwirklichung. Es heißt dort: „Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen.“ Andererseits muß das Volk die ihm zustehende Staatsgewalt auch ausüben, und es übt und übt sie in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat unter der Losung „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ auch mit ständig wachsender Aktivität aus.

Hauptinstrument bei der Verwirklichung des Prinzips der unbedingten Volkssouveränität sind die Volksvertretungen als höchste Machtorgane des Staates. Die Volkskammer, oberstes Organ der unmittelbaren Machtausübung des Volkes, ist sowohl gesetzgebendes als auch zugleich durchführendes und überwachendes Organ. Die „Dreiteilung der Gewalten“ mußte als unseliges Erbe undemokratischer deutscher Vergangenheit dem Prinzip der Einheit der Staatsgewalt weichen.

Dabei ist zu beachten, daß neben der Gesetzgebung durch die oberste Volksvertretung auch eine Gesetzgebung unmittelbar durch das Volk erfolgen kann. Die Artikel 81 und 87 der Verfassung enthalten die entsprechenden Bestimmungen über die Durchführung eines Volksentscheides, d. h., daß das Volk von sich aus ein Gesetz beschließen kann.

b) *Ständige weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie*

Es ist ein Wesenszug unserer sozialistischen Demokratie, daß ihre Entwicklung nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt als abgeschlossen betrachtet werden kann, sondern

daß sich entsprechend dem Wesen einer echten Demokratie der ständige Prozeß der weiteren Demokratisierung in aufwärtstrebenden Etappen vollzieht. Die Verfassung, die am Gründungstag unserer Republik in Kraft trat, gibt bekanntlich nur den allgemeinen, prinzipiell gehaltenen Rahmen an, innerhalb dessen sich unser demokratisches Leben gestaltet. Sie gestattet, ja fordert grundsätzlich die aktive Mitgestaltung eines jeden Bürgers beim Aufbau eines neuen gesellschaftlichen Lebens.¹¹⁾

Im Laufe der hinter uns liegenden erfolgreichen zehn Jahre haben im Zusammenhang einer systematisch vorgehenden sozialistischen Gesetzgebung eine große Anzahl wichtiger Gesetze zur immer weiteren Entfaltung der Demokratie entscheidend beigetragen. Immer war es der tiefste Sinn dieser Gesetzgebung, zu erreichen, daß

1. die Werktätigen in Stadt und Land immer breiter und umfassender in die Lösung unserer staatlichen Aufgaben einbezogen wurden;
2. das Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung und den staatlichen Organen, zwischen der Bevölkerung und den Volksvertretungen und nicht zuletzt zwischen der Volkskammer und den örtlichen Volksvertretungen gefestigt wurde;
3. die Mitarbeiter des Staatsapparates mehr und mehr von alteingefleischten administrativen Leitungsmethoden abkamen und ihre Hauptaufgabe in einer ständigen und geduldigen Überzeugungsarbeit unter der Bevölkerung und in der Verlagerung ihrer Tätigkeit an die Basis erblickten.

Es leuchtet unschwer ein, daß dieser Prozeß der Demokratisierung ein ständiger revolutionärer Vorgang war und weiterhin sein wird; seine Abschnitte liegen auf immer höherer Ebene und spiegeln zugleich eine qualitative Höherentwicklung unserer sozialistischen Demokratie wider. Weitere Entfaltung dieser Demokratie war also seit 1949 nicht einmaliger gesetzgeberischer Akt, sondern ein ständiges Ringen um demokratische Vervollkommnung. Die demokratische Gesetzgebung der jüngsten Vergangenheit stellt dabei nur eine, wenn auch ganz wesentliche Etappe dieses Prozesses dar, der mit der Annahme der Demokratisierungsgesetze im Januar 1957 einen neuen Höhepunkt gefunden hat. Kernstück dieser Demokratisierungsgesetze ist nach wie vor die klare Aufgabenstellung, der gesellschaftlichen Aktivität unserer Werktätigen zum entscheidenden Durchbruch zu verhelfen, die Bevölkerung

¹¹⁾ Vgl. Politisches Studium der CDU, Ortsgruppenschulung 1957/58, Heft 1 (Studienanleitung).

in noch weitaus umfassenderem Maße als schon in den letzten Jahren an die Lenkung und Leitung des Staates heranzuführen, die Aufgaben der örtlichen Organe der Staatsmacht auf die Forderungen des vorangeschrittenen sozialistischen Aufbaus abzustimmen, die demokratische Wirksamkeit unserer Volksvertretungen zu erhöhen und mit alledem unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht ökonomisch und politisch zu festigen.¹²⁾

Gesetzgeberischer Ausdruck dieses neuen Abschnitts des ständigen Prozesses der weiteren Vertiefung unserer sozialistischen Demokratie waren jene bekannten Gesetze, die nächst der Verfassung als bedeutendste Gesetzeswerke unserer Republik einzuschätzen sind:

1. das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. Januar 1957,
2. das Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen vom 17. Januar 1957,
3. das Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates vom 11. Februar 1958.

Diese drei Gesetze stehen miteinander und zueinander in einem unlösbaren Zusammenhang; z. B. ist das Gesetz zur Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates eine folgerichtige gesetzgeberische Fortführung des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht. Dabei spielt der Kampf um die Durchsetzung des sozialistischen Arbeitstils in den örtlichen Staatsorganen im Rahmen der umfassenden und allseitigen Demokratisierung eine vorherrschende Rolle; denn es geht hier nicht um bloße arbeitsmethodische, organisatorische oder strukturelle, also bloße formelle Voraussetzungen, sondern um den revolutionären Inhalt der neuen sozialistischen Ordnung. „Die Arbeitsweise des Staatsapparates der Arbeiter-und-Bauern-Macht ist nicht neutral, sondern dient aktiv der Umwälzung der alten, kapitalistischen Verhältnisse und dem Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft“ (W. Ulbricht).¹³⁾

Diese revolutionäre Umwälzung durch Staatsmacht und Volksmassen wurde und wird immer eindeutiger mit Hilfe des demokratisch-zentralistischen Entwicklungsprinzips gesteuert, das von grundlegender Bedeutung ist. Seine Forderungen durchdringen die soeben erwähnten Gesetzeswerke. Gerade an diesem Prinzip zeigt sich, daß der stän-

¹²⁾ Vgl. Politisches Studium der CDU, Ortsgruppenschulung 1957/58, Heft 1 (Studienanleitung).

¹³⁾ Vgl. Demokratischer Zentralismus und sozialistischer Arbeitsstil, VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1959.

dige Prozeß der weiteren Demokratisierung in unserer Republik bewußt in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften vollzogen wird.

c) *Der demokratische Zentralismus — Ausdruck unserer wahrhaft demokratischen Staatsmacht*

Wie bereits in vorstehendem Zusammenhang angedeutet wurde, läßt sich der Fortschritt im Entwicklungsprozeß unseres staatlich-gesellschaftlichen Lebens etappenweise verfolgen. Jeder der einzelnen Entwicklungsabschnitte, besonders seit 1949, trug ein eigenes Gesicht, hatte seine eigenen Schwerpunkte, zumindest seine Gestaltungsakzente.

Als eine durchgreifende, alles durchdringende und somit entscheidende Aufgabe hat sich aus dem vielgestaltigen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß unseres volksdemokratischen Staates die konsequente Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus herauskristallisiert. Noch sind die letzten Reste von Bürokratie, Administration und Überzentralisation in der Tätigkeit unserer Staatsorgane nicht ganz überwunden. In den Jahren angestrengtester Aufbauarbeit konnten gewisse Hemmnisse unserer volksdemokratischen Entwicklung — besonders was den Aufbau und die Arbeitsweise der Organe unserer Staatsmacht anbelangt — nicht immer restlos erkannt und beseitigt werden. Jedoch hat nach zehnjährigem Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik nunmehr unser gemeinsames Aufbauwerk — von der Staatsgewalt und von der Notwendigkeit der schöpferischen Initiative der Massen her — einen Stand erreicht, der nur entscheidend zu steigern ist, wenn das Prinzip des demokratischen Zentralismus zur allseitigen vollen Wirkung und Anwendung gelangt.

Es hat seine gesetzgeberische Fixierung vornehmlich (nicht etwa ausschließlich) im „Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht“ vom 17. Januar 1957 (besonders in § 5 Ziffer 1) gefunden. Es gilt, die Spontanität der Entwicklung, wo sie sich aus den ersten schweren Jahren unseres Aufbaus etwa noch erhalten hat, restlos zu überwinden dadurch, daß in der Übergangsperiode einerseits die Staatsmacht als eine „zentrale Gewalt, die Diktatur und die Einheit des Willens vorhanden ist“ (Lenin), daß andererseits die Volksmassen als Schöpfer und Nutznießer des neuen sozialistischen Lebens zum bewußten, historisch richtigen Handeln befähigt werden.

Genauso, wie sich die Prinzipien des demokratischen Zentralismus aus dem Kampf der Arbeiterbewegung um die politische Macht historisch herausgebildet haben, so

hat sich nun nach zehn Jahren größter erfolgreicher Kraftanstrengungen folgerichtig die Notwendigkeit ergeben, den demokratischen Zentralismus in unserem Staatsaufbau zum grundlegenden Entwicklungsprinzip werden zu lassen, wenn der Sieg des Sozialismus in historisch kürzester Frist Möglichkeit und Wirklichkeit werden soll. Ohne strikte Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus gibt es keine erfolgreiche Vollendung des sozialistischen Aufbaus, keinen Sieg der proletarischen Staatsmacht über die letzten Reste der Ausbeutung. „Das Proletariat braucht die Staatsgewalt, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation des Zwanges, sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter als auch zur Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung: der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft ‚in Gang zu bringen‘.“¹⁴

Daher stellte W. Ulbricht fest, daß unter den konkreten historischen Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus in der DDR die sozialistische Staatsmacht als Instrument der Leitung der Volksmassen nicht nur in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus Bedeutung hat, sondern daß es gegenwärtig darum geht, die gesamte Bevölkerung zum schöpferischen Mitplanen, Mitarbeiten und Mitregieren zu führen. Denn nichts anderes bedeutet doch demokratischer Zentralismus, als eben

1. die straffe Zentralisierung in Gestalt der sozialistischen Staatsmacht bei gleichzeitiger Freilegung der schöpferischen Mitarbeit der Massen, was ja auch gleichbedeutend ist mit zentralisierter Planung im Grundsätzlichen und dezentralisierter, dennoch prinzipiengetreuer und örtlich schöpferischer Durchführung der Beschlüsse,
2. die restlose Überwindung jeder Spontanität, also jeden Selbstlaufs im sozialistischen Aufbau und die Bewußtheit aller unserer Bürger in der Erkenntnis, daß von der Aktivität aller Werktätigen ohne jede Ausnahme der Sieg des Sozialismus in historisch kürzester Frist abhängt.

Es kann mit Gewißheit festgestellt werden, daß — überblickt man auch daraufhin die hinter uns liegenden zehn Jahre der Entwicklung unserer Republik — unser volksdemokratischer Staatsaufbau systematisch, in planmäßig aufeinanderfolgenden Etappen vollzogen wurde und seiner Vollendung entgegengeführt werden wird. Am Anfang dieses schweren Weges stand die Zerschlagung des bürokratischen Zentralismus, der als Instrument und zugleich

¹⁴) Vgl. Lenin, Sämtliche Werke, Band XXV, Wien—Berlin, Seite 89.

als Methode von der herrschenden Monopolbourgeoisie dazu benutzt wird, jede Einflußnahme der werktätigen Menschen auf die Politik des Staates zu ersticken. Über die ständig erfolgreicherem Etappen der weiteren Demokratisierung festigte sich einerseits unsere sozialistische Staatsmacht und entfaltete sich andererseits die immer breitere Mitarbeit unserer Volksmassen. Damit wächst unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht immer rascher in die Rolle eines volksdemokratischen Vorbilds hinein, auf das zunehmend die westdeutschen Menschen blicken. Die restlose Verwirklichung und ständige Vervollkommnung des Prinzips des demokratischen Zentralismus trägt entscheidend dazu bei, daß die Deutsche Demokratische Republik gesamtdeutsche Verantwortung übernehmen und tragen kann. Das wird um so eher der Fall sein, je schneller es uns — nicht zuletzt mit Hilfe der kämpferischen Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus — auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens möglich ist, die Übergangsperiode siegreich zu beenden.

2. Die Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit

Wenn die Arbeiterklasse im engen Bündnis mit den anderen Werktätigen die Macht im Staate ausübt, wenn also eine wirkliche Souveränität des Volkes herrscht, dann sind von vornherein die bestmöglichen Bedingungen zur Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit gegeben. Die juristischen Gesetze unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates dienen dazu, daß der sozialistischen Aufwärtsentwicklung Hemmnisse ferngehalten werden, damit die in unserer Republik wirkenden objektiven ökonomischen Gesetze zum vollen Durchbruch gelangen und dem Wohle unserer Bevölkerung dienstbar gemacht werden können. Das aber ist gleichbedeutend mit kompromißlosem Kampf gegen Bremsklötze — ganz gleich in welcher Art sie im sozialistischen Aufbau auch auftreten mögen — bei gleichzeitiger strengster Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit.

Man darf nie vergessen: „Die allgemeine Gesetzmäßigkeit der Epoche des Übergangs vollzieht sich bei uns unter den besonderen Bedingungen des Bestehens von zwei deutschen Staaten mit zwei verschiedenen gesellschaftlichen Systemen. Unsere gesamte Bautätigkeit ist einerseits der ständige und alltägliche Kampf um die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Überwindung der Überreste der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in den Denk- und Lebensgewohnheiten der Menschen auf der einen Seite und der Kampf gegen die Feinde der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die von Westberlin und Westdeutschland aus alles tun, um

die sozialistische Entwicklung aufzuhalten und zu stören“ (W. Ulbricht).¹⁵⁾

Zweifelsohne treten in diesem unwälzenden sozialistischen Entwicklungsprozeß mannigfache Schwierigkeiten und Konflikte, innere und äußere Widersprüche auf. Es kann aber auch von den Feinden unserer Republik nicht bestritten werden, daß der bisherige Weg unserer Republik eine einzige Kette von Beweisen der Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit ist. Demokratische Gesetzlichkeit ist nicht bloß formale Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, wie in der Weimarer „Demokratie“, sondern reale Verwirklichung der staatsbürgerlichen Grundrechte des einzelnen im Rahmen des Gemeinwohls. Das bereits erörterte Prinzip der Volkssouveränität ist auch in diesem Zusammenhang Grundlage, insofern dem einzelnen die Möglichkeit gegeben ist, unmittelbar an der Lenkung und Leitung des Staates mitbeteiligt zu sein, soweit er sich den allgemeinverbindlichen Grundsätzen der demokratischen Gesetzlichkeit unterordnet; umgekehrt verpflichtet sich der sozialistische Staat als Machtinstrument der Arbeiterklasse, dem einzelnen Bürger gegenüber die demokratische Gesetzlichkeit peinlich genau einzuhalten. Es ist eine bedeutsame und in der deutschen Rechtsgeschichte erstmalige Tatsache, daß z. B. bei uns die Justiz keine selbständige, also vom demokratischen Volkswillen unabhängige Instanz im Staate darstellt.¹⁶⁾ Beweis dafür ist u. a., daß Gesetze und sonstige Beschlüsse der Volkskammer auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin nicht der Überprüfung durch irgendwelche gerichtlichen Instanzen unterliegen (Artikel 89 der Verfassung). Zum anderen werden die Richter des obersten Gerichtshofes und der oberste Staatsanwalt der Republik auf Vorschlag der Regierung durch die Volkskammer gewählt (Artikel 131) und können bei Verstoß gegen die Verfassungsgesetze oder bei gröblicher Pflichtverletzung von der Volkskammer abberufen werden. (Artikel 132.)

Unser Recht, vom Bürger anerkannt und ausgeübt, von seinem Staat geschützt und auf staatlicher Ebene gleichermaßen praktiziert, ist mit der realen, echt demokratischen Verwirklichung der bürgerlichen Grundrechte identisch. Allerdings verstehen wir unter Ausübung der bürgerlichen Grundrechte nicht Boykotttätigkeit gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundungen von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda,

¹⁵⁾ Vgl. W. Ulbricht auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz, April 1958.

¹⁶⁾ Vgl. Studienheft Nr. 2 der CDU, Studienjahr 1956/57, Ortsgruppenschulung.

Kriegshetze oder sonstige Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten; sie werden als Verbrechen geahndet. Die Republik schützt ihre demokratischen Errungenschaften und ihre Menschen gegen die Angriffe der Imperialisten.¹⁷⁾ Die ganze Kraft unserer demokratischen Gesetzlichkeit trifft jene Störer des Friedens und des Aufbaus in unserer Republik, eben um der Wahrung unserer demokratischen Gesetzlichkeit willen.

Damit unterscheidet sich unser Staat seit dem ersten Tage seines Bestehens prinzipiell und völlig von jedem Zerrbild, das seinerzeit in Bonn von den Mächten der Reaktion aus der Taufe gehoben wurde. „Während die dunklen Kräfte der Vergangenheit im Westen unserer Heimat wieder ihre Auferstehung feiern, wächst unser Staat als der Wahrer der Interessen und Rechte des deutschen Volkes, als eine machtvolle Bastion des Friedens und der Völkerfreiheit, der Demokratie und des Sozialismus immer stärker empor.“¹⁸⁾

XI. Die Dialektik in der Entwicklung unserer Staatsfrage

Der ständig aufwärtsführende Entwicklungsprozeß, wie er in den vorstehenden Abschnitten angedeutet worden ist, war kein widerspruchloses und jeder Schwierigkeit entbehrendes Unterfangen und kann es objektiv auch gar nicht sein. Nach den Gesetzen der marxistischen Dialektik entwickelt sich auch die menschliche Gesellschaft voran, wovon selbstredend auch die Übergangsperiode in unserer Republik keine Ausnahme bildet. „Die Dialektik ist aber nichts weiter als die Wissenschaft von den allgemeinsten Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens.“¹⁹⁾ Dialektische Entwicklung, auch die im gesellschaftlich-politischen Raum, ist gleichbedeutend mit einem komplizierten, widerspruchsvollen Wachstumsprozeß, der sich nach objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten vollzieht und daher von den Feinden des Fortschritts nicht aufgehoben werden kann.

Dieser entscheidende Umstand gab auch den hinter uns liegenden zehn Jahren des Wachsens unserer Republik das Gepräge. So konnte Walter Ulbricht auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz im April 1958 in Babelsberg feststellen: „Manche glaubten vor diesen nicht aufgehörenden Widersprüchen und Schwierigkeiten kapitu-

lieren zu müssen, sie glaubten, diese stets neu auftauchenden Probleme und Schwierigkeiten hätten ihre Wurzeln in Fehlern unserer Politik. Das aber ist unrichtig. Diese Genossen verstehen nicht die Dialektik des Entwicklungsprozesses. Es kann ja gar nicht anders sein. Je weiter wir den Sozialismus entwickeln, um so schärfer tritt der Gegensatz von Sozialismus und Kapitalismus hervor, und sei es auch in den kleinen Dingen des alltäglichen Lebens, und wir sollten diesen Gegensatz nicht verwischen, sondern ihn klar herausarbeiten, denn je schärfer und klarer wir ihn herausarbeiten, desto schärfer und klarer arbeiten wir das Neue heraus, stellen es dem Alten entgegen und entfalten die Kräfte des Volkes für die Lösung der neuen Aufgaben.“²⁰⁾

In dieser Charakterisierung unseres Weges zum Sozialismus in all den Jahren unseres gemeinsamen Ringens um die Überwindung von Schwierigkeiten und Widersprüchen, unserer gemeinsamen Kraftentfaltung zur Lösung ständig neuer, größerer, qualitativ höherer Aufgaben wird das Wesen der Dialektik in der Entwicklung unserer Staatsfrage offenkundig. Diese Dialektik spiegelt sich nicht zuletzt in der Notwendigkeit wider, sowohl den marxistisch-leninistischen Grundsatz der ständigen Einheit von Theorie und Praxis zu beachten, als auch von da her alles schonungslos zu bekämpfen, was sich theoretisch-ideologisch (z. B. Revisionismus in der Staatstheorie) und praktisch (z. B. Spontaneität und Stagnation) der Durchsetzung des Neuen entgegenzustellen versucht.

Der Wachstumsprozeß unserer Republik war also kein bloßer evolutionärer Vorgang und konnte es nicht sein. Das hat jeder Bürger, der an der Front des antifaschistisch-demokratischen und sodann sozialistischen Aufbaus mitgekämpft hat, im täglichen Ringen um den ökonomischen, sozialen und politischen Fortschritt miterlebt. Das Verständnis für revolutionäres Wachstum, dem Marxisten-Leninisten selbstverständlicher Bestandteil seiner Weltanschauung, mußte sich bei vielen ansonsten aufbauwilligen Bürgern erst herausbilden.

Dies gilt vornehmlich für die Entwicklung unserer Staatsorganisation, deren revolutionärer Prozeß des Werdens „sprunghaft“ in dialektischem Sinne sich vollzog und nicht immer von allen Bürgern unserer Republik restlos verstanden wurde. „In der Frage der Staatsorganisation vollzog sich derselbe ‚Sprung‘ in die neue Qualität, der sich durch die Konstituierung der politischen Macht der Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei vollzog. An die

¹⁷⁾ ebenda.

¹⁸⁾ Vgl. K. Polak, Die Demokratie der Arbeiter-und-Bauern-Macht, S. 47.

¹⁹⁾ Engels, Anti-Dühring, Seite 173.

²⁰⁾ W. Ulbricht auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz, April 1958.

Stelle eines Staatsapparates, der ein Instrument zur Unterdrückung der Volksmassen war, trat ein Staatsapparat, durch den die politische Kraft des Volkes geweckt und entwickelt wurde, um die alten Verhältnisse, auch das Weiterwirken der Traditionen und Gewohnheiten, die der alte Staatsapparat vererbt hatte, zu überwinden.“ (K. Polak im Aufsatz zum 65. Geburtstage Walter Ulbrichts am 30. Juni 1958 über „Die Dialektik in der Entwicklung unserer Staatsfrage durch Walter Ulbricht.“) Im Rahmen dieser platzbegrenzten Ausführungen ist es nicht möglich, nähere Beispiele der dialektischen Entwicklung unserer Staatsfrage anzuführen.

Heute, nach zehnjährigem Bestehen unserer Republik, kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß diese Dialektik — von den führenden Staatsmännern unserer Republik wissenschaftlich erkannt und mit Unterstützung der Aktivität der Volksmassen genutzt — unsere Republik nach historisch kurzer Zeit auf einem Entwicklungsstand sieht, der uns berechtigten Anlaß zu Stolz und Zuversicht auch für die Zukunft gibt. 1948, also vor erst elf Jahren, stellte Walter Ulbricht fest: „Die Frage des Staates ist in der Tat zum Brennpunkt aller politischen Fragen und aller politischen Auseinandersetzungen ... geworden.“ 1958 aber konnte er, der entscheidende Verdienste um die dialektische Entwicklung unserer Staatsfrage in Theorie und Praxis hat, feststellen, daß

1. in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse die Macht ausübt im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten;
2. die sozialökonomische Grundlage in der Deutschen Demokratischen Republik das Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln ist und
3. daß die Staatsmacht von den Werktätigen selbst durch ihre gewählten Volksvertretungen ausgeübt wird.

Damit hat unser Staat in seiner ständigen dialektischen Höherentwicklung eine völlig andere Qualität erreicht als jene „Bundesrepublik“, die durch eine unheilvolle innere Dialektik zum kriegerischen Gefahrenherd für Europa und die ganze Welt geworden ist.

XII. Die Stellung der christlichen Demokraten zu den Prinzipien unserer volksdemokratischen Ordnung

Die christlichen Demokraten in der DDR und die Partei, in denen sie eine politische Heimat gefunden haben, die Christlich-Demokratische Union, stehen als treue Verbündete und Kampfgefährten der Arbeiterklasse und ihrer Partei seit Anbeginn der gesellschaftlichen Umgestaltung mit in vorderster Linie. Sie haben die vorstehend skizzierten Aufgaben, Probleme, Schwierigkeiten und ständig wachsenden Erfolge mit innerer Leidenschaft, politischer Aktivität und größter gesellschaftlicher Aufgeschlossenheit mitgestaltet. Insofern erscheint eine ausführliche Begründung unserer positiven, aktiv mitgestaltenden Haltung zur sozialistischen Entwicklung in der DDR im allgemeinen und zu den Prinzipien unserer volksdemokratischen Ordnung im besonderen nicht vonnöten.

Durch ihre alltägliche Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache hat die Mehrzahl unserer christlichen Bürger, allen voran die in der Christlich-Demokratischen Union zusammengeschlossenen bewußten christlichen Demokraten, bewiesen, daß aus christlicher Haltung sehr wohl sozialistisches Denken und vor allem Handeln möglich und notwendig ist. Die richtige, gesellschaftswissenschaftlich fundierte Einsicht in Wesen, Aufgaben und historische Rolle des Staates, die nach dem Zusammenbruch 1945, besonders aber seit 1949 auch dem fortschrittlichen, wissenschaftlich aufgeschlossenen christlichen Demokraten zunehmend zur Selbstverständlichkeit geworden ist, hat ihm auch den Blick geöffnet und ständig mehr geschärft dafür, daß ohne konsequente Beachtung sozialistischer Gestaltungsprinzipien im Staatsaufbau kein endgültiger Sieg über Imperialismus und Kriegsgefahr möglich ist.

Wie anders soll z. B. jene heute einzig sinnvolle, nämlich die sozialistische Form der Demokratie vollendete Wirklichkeit werden, wenn nicht unumschränkte Volksmacht bei einheitlicher Staatsgewalt erstes Ordnungsprinzip im Staatsleben ist? An ihm entscheiden sich grundsätzlich Wesen und Wert eines Staates; was Wunder, daß die fortschrittlichen Christen in den vergangenen Jahren alle Kraft eingesetzt haben, wahrhafte Volksmacht und Einheit der Staatsgewalt auf qualitativ immer höherer Ebene mit zu verwirklichen!

Damit war auch zugleich die Verpflichtung gegeben und zu erfüllen, daß die christlichen Demokraten all ihre Kraft mit dafür einsetzen, den ständigen Prozeß der weiteren Vertiefung der sozialistischen Demokratie von Jahr zu

Jahr zu beschleunigen. Die Mehrzahl der Christen in unserer Republik hat — besonders seit dem 5. Parteitag der CDU im Jahre 1950, also seit dem klaren Sieg der fortschrittlichen Kräfte in der Partei — wesentlichen Anteil am nunmehr bereits erreichten hohen Stand unserer Demokratie. Sie schauen daher mit um so größerer Bestürzung auf das erneute geschichtliche Versagen vieler Christen im Westen unserer Heimat und mit um so größerer Empörung auf den wiederum offenbaren Mißbrauch des Christentums durch den klerikal-militaristischen Bonner Staat. Dessen bürokratisch-autokratischer, durch und durch reaktionärer Zentralismus steht in völligem Gegensatz zum demokratischen Zentralismus unserer Volksmacht, womit sich ein weiteres Motiv für den Christen in unserem Staat ergab, vorbehaltlos in den Jahren des Aufbaus mitzudenken und mitzugestalten. Es war und ist ihm dabei die Notwendigkeit der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht nur kein Grund, sich von diesem Aufbau fernzuhalten, sondern dieser Sachverhalt gab auch dem Christen die Gewißheit, daß sich hier eine objektive gesellschaftliche Gesetzlichkeit erfüllt. Schließlich vermochte der Christ in dieser Aufgeschlossenheit auch die ständige Dialektik in der Entwicklung unseres Staates zu erkennen und anzuerkennen. Im Sozialismus wirken sich die der Dialektik immanenten objektiven Gesetzmäßigkeiten zum Wohle der Gesellschaft aus.

Die Christlich-Demokratische Union war daher in den Jahren des Bestehens unserer Republik unablässig bemüht, diese Erkenntnis und das zwangsläufig daraus hervorgehende Bekenntnis zum Sozialismus kämpferisch in sozialistisches Handeln umzusetzen, so daß Gerald Götting auf dem 9. Parteitag feststellen konnte: „In diesem Kampf haben wir schon große Erfolge errungen, wobei wir daran denken müssen, daß es im Grunde nur ein kleiner Zeitraum ist, in dem wir bisher die geschichtliche Möglichkeit hatten, den Prozeß der gesellschaftlichen Neuordnung und des Umdenkens und Umlernens durchzuführen. Diese Tatsache, daß wir schon in so kurzer Zeit eine tiefgreifende Veränderung des gesellschaftlichen Seins und des gesellschaftlichen Bewußtseins erreicht haben, liegt darin begründet, daß der Sozialismus nicht wie bisher eine Ausbeuterklasse durch eine andere ersetzt, sondern eine neue gesellschaftliche Ordnung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit schafft, die auf der politisch-moralischen Einheit des ganzen werktätigen Volkes gründet.“

XIII. Gemeinsam handeln — gemeinsam verantworten

(Der gesellschaftliche Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik)

Die seit 1945 und besonders seit der Gründung der DDR bis heute erzielten Erfolge und Errungenschaften beruhen auf der Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, die, wie bereits erwähnt, im Demokratischen Block sich zusammenfanden. Der Demokratische Block garantiert die höchste politische Kraftentfaltung und Aktivität. Er verkörpert die Sammlung aller politischen Energien und gewährt allen fortschrittlichen, demokratischen Kräften die Möglichkeit, am sozialistischen Aufbau teilzunehmen und gemeinsam den Sieg des Sozialismus herbeizuführen.

Während durch die in den westlichen Ländern praktizierte Koalitionspolitik wertvolle Kräfte in die Opposition und Inaktivität gedrängt werden, eröffnet die Blockpolitik allen aufbauwilligen Kräften die Verwirklichung der Losung: „Der Sozialismus braucht alle, hat Platz für alle und gerecht allen zum Nutzen.“

Alle wichtigen politischen Entscheidungen, die die Lebensfragen unserer Nation betreffen, werden im Zentralen Demokratischen Block erörtert. Die Blockausschüsse der verschiedenen nachgeordneten Ebenen sind an die Beschlüsse des Zentralen Blocks gebunden und treffen dementsprechend Entscheidungen für ihr Territorium. Alle Beschlüsse des Blocks werden in voller Einmütigkeit gefaßt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist seit Bestehen des Demokratischen Blocks mit wegweisender Initiative vorangegangen und hat damit die führende Rolle der Arbeiterklasse politisch immer stärker verwirklicht und gefestigt.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands hat stets ihre besten Vertreter in die Blockausschüsse entsandt und maßgeblich an der gesellschaftlichen Umwälzung in unserer Republik mitgearbeitet. Sie erfüllt damit die Forderungen des Gründungsaufrufs der CDU und beweist durch ihre ständig anwachsende Aktivität, daß sie diesem bis heute treu geblieben ist.

Mit der Bildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beschritt die patriotische Massenbewegung des deutschen Volkes den Weg der aktiven Gestaltung des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik. Ihre Zielsetzung besteht darin, die Deutsche Demokratische Republik ökonomisch und politisch weiter zu festigen und sie damit immer mehr zum Hort des Friedens, der Demokratie, des Fortschritts, des Wohl-

stands und der Wahrung der nationalen Interessen zu machen. So ist die Nationale Front nicht nur schlechthin eine patriotische Massenbewegung, sondern sowohl das Rückgrat unserer demokratischen Bewegung als auch die konstituierende gesellschaftliche Kraft unserer Republik und die Stütze des sozialistischen Aufbaus geworden. An dieser aktiven und verantwortungsbewußten Gestaltung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens hat im Rahmen der Nationalen Front die Christlich-Demokratische Union auf allen Ebenen entscheidenden Anteil. Von Jahr zu Jahr hat sie es immer mehr verstanden, ihre Mitglieder und weitere Kreise der christlichen Bevölkerung zur Mitarbeit innerhalb der Nationalen Front zu mobilisieren. Die auf unseren Parteitag abgegebenen Rechenschaftsberichte legten davon ein beredtes Zeugnis ab. In steigendem Maße haben die Verbände unserer Partei erkannt, daß ihre Aktivität ihren Niederschlag in der Mitarbeit innerhalb der Nationalen Front finden muß und nur von dorthin gemessen werden kann.

Als verantwortungsbewußte Christen haben die Mitglieder der CDU die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und erkannt, daß erst in der sozialistischen Gesellschaft der tiefe humanistische Gehalt des Christentums voll wirksam werden kann. Sie wissen zugleich, daß die Tat für den Aufbau einer solchen Gesellschaftsordnung ihre selbstverständliche christliche Pflicht ist. Wie groß die Aktivität und die Stärke des Bewußtseins der Mitglieder der CDU sind, zeigten erneut die Taten und die Verpflichtungen zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung unserer Republik, vor allem im Nationalen Aufbauwerk, bei der Mitarbeit in der Nationalen Front, in der Arbeit unter dem Mittelstand und in der Landwirtschaft.

Selbstverständlich stellt die Arbeiterklasse und ihre Partei die Triebkraft innerhalb der Nationalen Front dar. Sie führt die Massen, befähigt sie zum bewußten Handeln und geht selbst vorbildlich in der Erfüllung der Pläne und Aufgaben voran. Sie ist der Motor der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage der durch die Zusammenarbeit in der Nationalen Front praktizierten Bündnispolitik.

Eine besonders hohe Verantwortung ruhte sowohl nach dem Zusammenbruch der Nazidiktatur als auch nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auf der deutschen Arbeiterklasse. Ihre Partei war berufen, an die Spitze aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu treten. Ihre führende Rolle resultiert aus der Tatsache, daß die Arbeiterklasse auf Grund ihrer ökonomischen und sozialen Stellung heute die fortschrittlichste und revolutionärste Klasse der Gesellschaft ist. Die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse ihre Rolle als

führende Kraft des Volkes wirksam erfüllen konnte, war die 1946 im Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone erfolgte Überwindung ihrer politischen Spaltung.

Die Politik der Partei der Arbeiterklasse seit 1949 war genauso wie von 1945 bis 1948 nicht nur auf die Gewinnung der werktätigen Bauern gerichtet, sondern auch auf die Gewinnung aller übrigen werktätigen Schichten. Ausgehend von der Tatsache, daß auch diese Schichten an der Befreiung von der Knechtschaft und Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus interessiert sind, konnten und mußten auch sie in den Kampf gegen das Monopolkapital und den deutschen Militarismus einbezogen werden. Die Arbeiterklasse ließ sich davon leiten, daß der deutsche Imperialismus um so schneller und sicherer geschlagen werden kann, je breiter die antifaschistisch-demokratische Einheitsfront ist.

Die Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse bestehen darin, die Massen zu führen, das Neue in der Praxis der Massen, die neuen Formen und Methoden der gesellschaftlichen Arbeit und des kollektiven Lebens zu erkennen und mit aller Kraft zu fördern. Auf allen Gebieten der sozialistischen Umwälzung erweist sich die Arbeiterklasse und ihre Partei unablässig als Triebkraft des Neuen:

- in der Entwicklung der volksdemokratischen Staatsmacht (siehe Abschnitt IX bis XI),
- in der Förderung des stürmischen Wachstums der Produktivkräfte durch die Meisterung der modernsten Wissenschaft und Technik und in der Entwicklung der Ökonomie, bei der systematischen Erhöhung der Lebenshaltung und des kulturellen Lebens des Volkes,
- in der entschiedenen Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und in der Umwälzung in der Landwirtschaft sowie im kapitalistischen Sektor und im Handwerk,
- in der Umwälzung auf den Gebieten der Ideologie und Kultur.

Die Beschlüsse des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind für die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR von entscheidender Bedeutung. Die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe dient neben der Erhöhung des Lebensstandards unserer Bevölkerung zugleich unseren nationalen Interessen. Wir beweisen damit, daß nur unter den Bedingungen des Volkseigentums an den Produktionsmitteln die sozialen Forderungen des Volkes erfüllt werden können, und treten den Nachweis dafür an, daß der Sozialismus dem Kapitalismus in jeder Beziehung weit überlegen ist. Die westdeutsche Bevölkerung wird immer deutlicher erkennen, daß nur die DDR die Grundlage für ein

friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland sein kann und nur sie in der Lage ist, die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Das hat mit aller Deutlichkeit das Auftreten und die Haltung der DDR-Delegation auf der Außenministerkonferenz in Genf gezeigt.

Die Deutsche Demokratische Republik als vorgeschobene westliche Position des sozialistischen Weltsystems hat die besondere Aufgabe, die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus in Deutschland zu demonstrieren. Die SED ist sich ihrer daraus resultierenden nationalen Verantwortung voll bewußt und setzt in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften alles daran, dieser historischen Aufgabe gerecht zu werden. Die CDU erkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei vorbehaltlos an, wie das die vielfachen Erklärungen von der Tribüne unserer Parteitage und die gesellschaftliche Praxis ständig beweisen.

XIV. Gemeinsame Erfolge

Am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik lernen alle friedliebenden Deutschen, was das deutsche Volk aus eigener Kraft vermag, ohne sich in imperialistische Knechtschaft zu begeben, wenn es sich der alten Verderber Deutschlands, der Junger und Konzernherren, der Militaristen und Faschisten entledigt. Am Vorbild unserer Republik sehen alle guten Deutschen, daß es trotz der Verheerungen des Krieges möglich ist, eine stabile Friedenswirtschaft aufzubauen, ohne Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, ohne Stilllegung von Betrieben, ohne Absatzschwierigkeiten. Je schneller unsere Erfolge sichtbar werden, desto schneller werden die Werktätigen Westdeutschlands und Westberlins erkennen, welches Deutschland das wahre demokratische Vaterland ist, und sie werden sich einreihen in die Gemeinschaft der aktiven Kämpfer für dieses Deutschland.

Sichtbar wurde der Fleiß der Bürger unserer DDR in der Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne, in der besseren Belieferung mit Gütern des täglichen Bedarfs, in den Preissenkungen, in der Abschaffung der Lebensmittelkarten und nicht zuletzt in den Lohn- und Rentenerhöhungen der letzten Zeit. Durch die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne erhöhte sich die Gesamtlohnsumme der Arbeiterschaft um 110 Prozent. Unsere planmäßige, krisenfeste Wirtschaft eröffnet die Perspektive weiterer stetiger Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter.

Den Werktätigen ist der Arbeitsplatz, ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit garantiert. Die Geißel der Erwerbslosigkeit

wird sie niemals mehr treffen. In den Betrieben ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gesichert. In allen Betrieben erfolgen die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes.

Den Bauern der DDR garantiert unser Staat den vollen Absatz ihrer Produkte zu angemessenen Preisen. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte wurde in dem Maße gesenkt, wie unsere Landwirtschaft ihre Marktproduktion erhöhte.

Die Kreise der Handwerker und der privaten Industriebetriebe haben in den Jahren des Bestehens unserer DDR volle Unterstützung erfahren. Durch ihre Privatinitiative und durch ihren Fleiß haben sie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung besonders in wichtigen Bedarfsartikeln wesentlich beigetragen. Jetzt genießen sie in den neuen ökonomischen Formen, wie PGH und halbsozialistische Betriebe, die Förderung unseres Staates und erschließen noch mehr die örtlichen Hilfs- und Rohstoffquellen, um Erzeugnisse von höchster Qualität zu produzieren und damit der ganzen Gesellschaft zu dienen.

In unserem Staat hat die Jugend zum ersten Male in der Geschichte eine bedeutende Stellung im gesellschaftlichen Leben eingenommen. Ihr sind die Tore zum Aufstieg im gesellschaftlichen Leben, zum Studium und zur Arbeit weit geöffnet. Unsere DDR fördert und verteidigt die Interessen der Jugend, und die Jugend verteidigt ihren Staat.

Die Frauen sind vollberechtigte Bürgerinnen geworden, politisch, wirtschaftlich und kulturell gleichgestellt mit dem Mann. Auch die ehemaligen Umsiedler sind vollberechtigte Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten. Die Neubürger nehmen am allgemeinen Aufstieg und der Verbesserung der Lebensverhältnisse teil. Viele Neubürger sind als Bürgermeister, LPG-Vorsitzende, Agronomen, Lehrer usw. hervorragend in der Gesellschaft tätig.

Die DDR nimmt dank dem Fleiß ihrer Bewohner, dank den bisherigen Ergebnissen der sozialistischen Umwälzung schon heute als Industriemacht die fünfte Stelle in Europa ein. Der Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Nahrungsmitteln ist bereits höher als der Westdeutschlands. In der Braunkohlen- und Kaligewinnung, in der Briketterzeugung sowie in der Zuckerherstellung liegt unsere Republik an führender Stelle Europas. Mit 126 Ländern, darunter vielen kapitalistischen, pflegen wir Handelsbeziehungen. Die Leipziger Messe, aber auch die Ausstellungsstände der DDR auf anderen Messen im Ausland zeugen von der Wertarbeit und vom Fleiß der Bürger unseres Staates. Besonders die jungen aufstrebenden Nationalstaaten Afrikas und Asiens wissen die kameradschaftliche Hilfe und Unterstützung unserer Republik zu schätzen.

Dank unserer Friedenspolitik und der politisch-ökonomischen Erfolge unseres sozialistischen Aufbaus sind die internationale Autorität unserer Republik und ihr gesamtdeutsches Gewicht entscheidend gewachsen. Das hat eine wesentliche Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland und in Europa zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus zur Folge.

XV. Der Sozialismus siegt

Groß sind die Erfolge, die wir in den Jahren von 1945 bis 1959 errungen haben, reichhaltig die Erfahrungen, die gesammelt wurden, schöner das Leben, das wir für uns selbst und für unsere Kinder in den vergangenen Jahren aufzubauen begonnen haben.

Aber die gesellschaftliche Entwicklung drängt weiter vorwärts. Das Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und unser Arbeiter-und-Bauern-Staat sind die Grundlagen dafür, daß sich in unserer Gesellschaftsordnung die Produktivkräfte in Übereinstimmung mit den Produktionsverhältnissen zu unser aller Nutzen frei entfalten können.

1. Die Festigung unserer sozialistischen Ordnung — Aufgabe unseres Staates

a) Warum ist die weitere Festigung unserer Gesellschaftsordnung notwendig?

Der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, stellte in seinem Referat auf dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Juli 1958 fest, daß „im Ergebnis der großen Leistungen der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und Gewerbetreibenden der Deutschen Demokratischen Republik... die Grundlagen des Sozialismus in der DDR im wesentlichen geschaffen“ worden sind, daß es jetzt gilt, „die weiteren ökonomischen Hauptaufgaben zu bestimmen, und zwar so, daß sie sowohl der großen Zielsetzung des sozialistischen Lagers im Kampf um die friedliche Koexistenz und im weltweiten Wettbewerb zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System entsprechen, als auch unser Ziel, den Sozialismus in der DDR in der nächsten Periode zum Siege zu führen, in greifbare Nähe rücken.“²¹⁾

Der Kampf um die Vollendung des sozialistischen Aufbaus, als Aufgabe vom Parteitag der in unserer Republik führenden Partei der Arbeiterklasse nach reiflicher Über-

prüfung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse gestellt, war und ist der Beginn eines neuen, des entscheidenden Abschnittes im Ringen um die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Als wichtiger Schritt auf diesem Wege gilt die gleichfalls vom V. Parteitag der SED formulierte ökonomische Hauptaufgabe, die beinhaltet, daß bis 1961 „der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“²²⁾

Diese Zielsetzung, sowohl die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe bis 1961 als auch die Vollendung des sozialistischen Aufbaus, erfordert, daß auch der Staat als „Hauptinstrument des sozialistischen Aufbaus“ (nach: Walter Ulbricht, Bericht auf dem V. Parteitag der SED, S. 29) dieser Aufgabenstellung gerecht wird. Die Voraussetzungen dafür sind nicht zuletzt durch die Gesetze vom 17. Januar 1957 und 12. Februar 1958 geschaffen worden, von denen bereits die Rede war.

b) Wie festigt unser Staat die sozialistische Ordnung?

Hierbei kommt es vor allem darauf an, daß auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen Werktätigen unserer Republik der demokratische Zentralismus als Grundprinzip unserer Gesellschaftsordnung entsprechend den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen weiter durchgesetzt wird.

So genügt z.B. nicht, daß organisatorisch die Voraussetzungen geschaffen werden, die — nach wie vor zentral geplante — Volkswirtschaft in ihren einzelnen Zweigen operativ von den entsprechenden staatlichen Organen in den Gemeinden, Kreisen, Bezirken bzw. z.T. von zentralen Institutionen anzuleiten. Wesentlich ist vielmehr, daß auch wirklich alle örtlichen Reserven genutzt werden, daß möglichst viele Staatsbürger interessiert, schöpferisch und verantwortlich, auch ehrenamtlich, tätig sind und bewußt am gemeinsamen Werk mitarbeiten.

Möglichkeiten zur Mitarbeit breiter Bevölkerungskreise bieten z.B. die Ständigen Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen und deren Aktivs. Gute Beispiele zeigen bereits, daß auf der Grundlage einer kollektiven Breitenarbeit die Bürger immer besser ihren Staat zu lenken und zu leiten verstehen.

Beschlüsse kollektiv vorzubereiten und schließlich in die Tat umzusetzen, geben die vor uns stehenden Aufgaben genügend Möglichkeiten, ja erfordern dies sogar,

²¹⁾ W. Ulbricht, Referat auf dem V. Parteitag der SED, Dietz Verlag, Berlin 1958, Seite 44.

²²⁾ ebenda.

sei es die Sicherung der Planerfüllung in der Landwirtschaft oder die weitere Umgestaltung zur sozialistischen Großraumwirtschaft oder die Erfüllung volkswirtschaftlicher Planaufgaben im NAW, um nur einige Beispiele zu nennen.

Eine andere Möglichkeit und Aufgabe besteht in der Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front oder den Hausgemeinschaften; denn die Nationale Front ist und wird auch in Zukunft die gesellschaftliche Plattform für den Sieg des Sozialismus und für den Kampf um die demokratische, friedliche Wiedervereinigung sein.

In diesem Zusammenhang sei besonders das Nationale Aufbauwerk genannt. Seit 1953 wurden durch die Mitarbeit vieler Staatsbürger Werte in Höhe von mehr als 669 Millionen DM geschaffen. In den kommenden Jahren hat das NAW eine erhöhte Bedeutung, dienen doch in Zukunft die geleisteten Aufbaustunden unmittelbar der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, z.B. Mithilfe bei Schulneu- und -erweiterungsbauten. Dieses Neue des NAW haben auch die Mitglieder unserer Partei erkannt, verpflichteten sie sich doch bereits während der ersten sechs Monate des Jahres 1959 zu 1,417 Millionen Aufbaustunden und 330 000 Erntestunden.

Aber auch die Mitglieder der Parteien, der verschiedenen Organisationen, wie z.B. des FDGB, der DSF, des DFD, der FDJ, der GST, des DRK u. a., können und sollen durch ihre gesellschaftliche Arbeit mitplanen und mitregieren, teilnehmen an der Lenkung und Kontrolle durch die staatlichen Organe, bzw. sie dabei unterstützen.

Dieser Prozeß darf natürlich nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Die Funktionäre des Staatsapparates, gewählte oder hauptamtlich tätige, müssen es immer besser verstehen, durch eigenverantwortliche und erfolgreiche Tätigkeit, gestützt auf die Nationale Front, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, ja mit allen demokratischen Parteien und Organisationen, die Staatsbürger unserer Republik in immer größerem Maße an die Mitarbeit bei der Lösung der Aufgaben der Staatsführung, bei der Durchführung von Gesetzen und Beschlüssen heranzuführen. Nicht nur in ihrer Dienststelle, sondern auch unmittelbar in der Produktion, im Handel oder in anderen Einrichtungen unseres gesellschaftlichen Lebens müssen sie ihre Fähigkeiten beweisen, das Vertrauen der Bevölkerung rechtfertigen, dadurch gleichzeitig das Vertrauen unserer Werktätigen in unseren Staat weiter festigen und diese so zur Mitarbeit gewinnen.

Die Aufgabe der Staatsfunktionäre, die Mitglieder unserer Christlich-Demokratischen Union sind, liegt nicht zuletzt auch darin, sich besonders an die Christen in unserer Republik zu wenden, nicht nur an die Mitglieder unserer

Partei, sondern auch an die parteilosen Christen, um ihnen — am besten durch das eigene Beispiel — zu beweisen, daß ein Christ, der sich seiner Verantwortung aus dem Glauben heraus bewußt ist, bei der Vollendung einer Gesellschaftsordnung mitwirken kann, ja muß, deren Ziel es ist, „die wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft möglichst vollständig zu befriedigen, die ständige Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung und die allseitige Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft zu erreichen“.

Die Festigung der sozialistischen Ordnung in unserer Republik erfordert aber auch, unseren sozialistischen Aufbau gegen solche Pläne zu sichern, die unsere Deutsche Demokratische Republik der westdeutschen Bundesrepublik „angliedern“ wollen. Jeder Bürger unseres Staates, auch der Christ, kann und soll z.B. den bewaffneten Organen des Staates, den Sicherheitsorganen, den verschiedenen Einheiten unserer Polizeiorgane, der Nationalen Volksarmee, den Zollbehörden, den Kampfgruppen unserer Betriebe, dann Hinweise geben, wenn er Verdächtiges bemerkt; denn die Feinde unseres sozialistischen Aufbaus, des Weges zum Wohlstand und Frieden für alle, verstärken bei zunehmender Festigung unserer Gesellschaftsordnung ihre Wühl-, Hetz- und Sabotagetätigkeit.

Die sozialistische Ordnung in den vor uns liegenden Jahren weiter zu festigen, bedeutet aber auch, den Frieden in Europa und in der Welt zu erhalten und zu garantieren, das Verbot der ABC-Waffen durchzusetzen und eine allmähliche allgemeine Abrüstung zu erreichen. Denn was nützen uns wertvolle Zukunftspläne, wenn über allem die drohenden Wolken eines „bewaffneten Konflikts“, wie man gern den Krieg „umschreibt“, sich türmen?

Der gegenwärtige Grundwiderspruch in Deutschland — der Widerspruch zwischen den im Bonner Staat herrschenden Militaristen und Revanchehetzern auf der einen, den friedliebenden Kräften unter Führung der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse auf der anderen Seite — muß endgültig zugunsten der Friedenskräfte gelöst werden. Dann wird Friede sein!

2. Zukunft für alle!

Der 9. Parteitag unserer Christlich-Demokratischen Union im Jahre 1958 stand unter der Losung: „Christliche Demokraten, kämpft für den Sieg des Sozialismus — der Sozialismus ist die Zukunft und der Friede!“ Im Einklang mit dieser Losung standen die Beratungen des Parteitages und seine Beschlüsse, steht unser gegenwärtiges und zukünftiges Bemühen, gerade im Hinblick auf den 10. Geburtstag unserer Republik.

Aus unserem christlichen Glauben heraus ringen wir um eine „religiöse Wiedergeburt“, wie es Gerald Götting auf dem 9. Parteitag formulierte, bemühen wir uns, mit Hilfe des dialektischen Materialismus die objektiven Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft zu erkennen und dieser Erkenntnis in tätiger Nächstenliebe Ausdruck zu geben. So haben wir die geschichtliche Entwicklung in ihren Zusammenhängen verstehen gelernt, die Notwendigkeit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die historische Rolle der Arbeiterklasse, und dabei nicht zuletzt die Erkenntnis gewonnen, daß wir als Christen entsprechend den gegenwärtigen Bedingungen gerade im Sozialismus unsere Grundforderungen unserem Nächsten gegenüber auf gesellschaftlicher Ebene verwirklichen können. Das Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist doch, die Lebenslage aller Werktätigen ständig zu verbessern, den wachsenden Reichtum, die von allen Werktätigen geschaffenen Güter allen zugute kommen zu lassen. Entspricht das nicht unserem Bestreben, für den Nächsten, der für uns Ebenbild Gottes ist, ständig da und unterwegs zu sein? Die sozialistische Gesellschaftsordnung, frei von Ausbeutung der Menschen durch Menschen, ist überdies bar der Bedingungen, die zu Kriegen führen.

Die Praxis unseres gesellschaftlichen Aufbaus zeichnet immer deutlicher die Gewißheit vom Sieg des Sozialismus ab. Über die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft vollzieht sich der Übergang zur sozialistischen Großlandwirtschaft, die allein in der Lage ist, den Ertrag dieses wichtigen Zweiges unserer Volkswirtschaft weiter zu erhöhen und der Landbevölkerung in ihrer Gesamtheit die Arbeit wesentlich zu erleichtern. Schon bestehen in unserer Republik über 4500 LPG, die 39 Prozent der LNF bewirtschaften, gibt es über 275 vollgenossenschaftliche Dörfer.

Die Zukunft des Handwerks liegt in dem Eintritt der Handwerksmeister, Gesellen und Lehrlinge in eine Produktionsgenossenschaft des Handwerks; waren es Ende 1957 295 PHG mit 8125 Mitgliedern, so stieg die Zahl bis zum 31. Mai 1959 bereits auf 2846 PHG mit 85 387 Mitgliedern. Reparaturen, Dienstleistungen und Sonderanfertigungen werden immer mehr zu den eigentlichen Arbeitsgebieten dieses Teils unserer Volkswirtschaft. Auf diesem Wege wachsen diese Menschen in das sozialistische Gesellschaftsgefüge hinein, in dem weder die Ausbeutung von Menschen durch Menschen möglich noch Privateigentum an Produktionsmitteln als Grundlage dafür nötig bzw. vorhanden ist.

Die Besitzer kapitalistischer Betriebe in unserer Republik können durch Aufnahme staatlicher Beteiligung ihren

Betrieb allmählich auf sozialistische Verhältnisse umstellen.

Kommissionsverträge geben den privaten Einzelhändlern und Gaststättenbesitzern die Möglichkeit, den Weg aus der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsform zu finden; 11 000 von ihnen (etwa 15 Prozent) haben sich bereits dafür entschieden.

Diese gedrängten Ausführungen beweisen bereits, daß der Sozialismus allen zum Nutzen gereicht und daß unser Volk auf diesem Wege einer glücklichen Zukunft entgegengeht. Nicht nur die Arbeiter in den VEB, MTS und VEG, auch die Bauern, die Handwerker, die Angehörigen der Intelligenz, sie alle werden bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaus gebraucht. Für sie alle ist Platz in der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

3. Sozialistische Menschen — sozialistische Erziehung

„Der Aufbau und die Vollendung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich in einem harten Kampf zwischen den untergehenden Formen des Kapitalismus und dem Neuen, dem Sozialismus. Dieser Kampf spielt sich sowohl auf der Basis unseres gesellschaftlichen Lebens als auch im Bewußtsein jedes einzelnen ab. Daher muß er vom ganzen Volk wie von jedem einzelnen siegreich zugunsten des Sozialismus entschieden werden.“ Mit diesen Worten hob der Generalsekretär unserer Partei, Unionsfreund Gerald Götting, auf dem 9. Parteitag der CDU mit Recht die Wichtigkeit der Heranbildung des sozialistischen Bewußtseins bei allen Menschen hervor.

In dem Maße, wie es gelingt, die Revolution auch in den Köpfen unserer Menschen zu vollziehen, werden wir die uns selbst gesteckten ökonomischen, politischen und kulturellen Ziele erreichen. Welch wichtigen Faktor die Bewußtseinsbildung darstellt, von der schon Karl Marx und Friedrich Engels im Manifest der Kommunistischen Partei schrieben: „Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Wort, auch ihr Bewußtsein sich ändert?“²³⁾, wird uns besonders deutlich, wenn wir uns mit dem Inhalt der Moralgesetze vertraut machen, wie sie von Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED formuliert wurden.

²³⁾ Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Dietz Verlag, Berlin 1958, Seite 30.

Wir werden darin u. a. aufgefordert, mitzuhelfen, daß endgültig die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird, daß wir im Kollektiv und mit dem Kollektiv Taten für den Sozialismus vollbringen, daß wir helfen, auch das Volkseigentum zu schützen und zu mehren. Eine nicht weniger wichtige Forderung ist die nach einem echten Familienleben und nach der Erziehung der Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus. Weiter ergeht die Forderung an uns, nicht nur mit den Angehörigen unseres Volkes, sondern mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben und zur internationalen Solidarität bereit zu sein. Nicht zuletzt wird gefordert, daß wir unser Vaterland lieben und dies auch unter Beweis stellen. Diese Moralgesetze haben für alle, die sozialistisch zu arbeiten und zu leben bereit sind, Gültigkeit.

Am schwierigsten ist die sozialistische Bewußtseinsbildung bei den Erwachsenen, weil es sich bei ihnen um eine Umerziehung, ein Umdenken handelt; wurden sie doch in ihrer Jugend von der Schule und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen ganz anders erzogen. Aber diese Umerziehung ist andererseits dadurch begünstigt, daß die Erwachsenen im Alltag, im täglichen Arbeitsprozeß stehen, der ja durch seine Veränderungen selbst auf den Menschen wirkt und neue zwischenmenschliche Beziehungen hervorbringt. Das kann aber nicht dazu führen, daß wir die Bewußtseinsumbildung nun sich selbst und dem Zufall überlassen. Wir christlichen Demokraten, denen der christliche Glaube Beweggrund unseres gesellschaftlichen Wollens und Handelns bedeutet, bemühen uns, besonders bei den Christen diese Bewußtseinsumbildung zu fördern.

XVI. Die Deutsche Demokratische Republik — der einzig rechtmäßige deutsche Staat

Die Deutsche Demokratische Republik ist der einzig rechtmäßige deutsche Staat von dem Gesichtspunkt her, daß mit ihr die Staatsform verkörpert ist, die zukunftsweisend für das deutsche Volk ist, die allen Staatsbürgern den Weg zu einem Leben in Wohlstand und Glück eröffnet.

In unserer Republik wurden die Lehren aus der Vergangenheit gezogen, wurden die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens erfüllt, wurde auf der Grundlage der revolutionären Umwälzungen der Jahre 1945/46 unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet, die nun, ebenfalls revolutionär, zur sozialistischen Gesellschaftsordnung geführt wird. Dieser Prozeß der volksdemokratischen Revolution entspricht den von uns erkannten Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung.

Dabei haben wir zu keinem Zeitpunkt die Tatsache übersehen, daß unsere Heimat durch die politische Haltung der Westmächte, mit Unterstützung militaristischer, imperialistischer und faschistischer Kreise in Westdeutschland, gespalten ist. Im Gegenteil, unsere Regierung hat einen Vorschlag nach dem anderen zur innerdeutschen Verständigung eingebracht. Nennen wir nur den Vorschlag, die beiden deutschen Staaten durch eine Konföderation einander näherzubringen, die den Weg zur Wiedergeburt eines deutschen Nationalstaates ebnen könnte, oder den Vorschlag, einen Nichtangriffspakt zwischen beiden deutschen Staaten abzuschließen, der zum Inhalt hat, Gewaltanwendung gegeneinander in jedem Falle unmöglich zu machen. Nicht vergessen sei die Zustimmung zum Abschluß eines Friedensvertrages, der von der Sowjetunion im Entwurf vorgelegt wurde.

In ihrer gesamten Politik stützt sich unsere Deutsche Demokratische Republik auf das sozialistische Lager, das Lager des gesellschaftlichen Fortschritts und des Friedens, dessen Bestandteil sie ist und dessen Hilfe und Unterstützung sie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens im Rahmen der Gegenseitigkeit und Solidarität genießt.

Im Gegensatz dazu wurden in Westdeutschland weder die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens eingehalten bzw. erfüllt, noch wurde eine Politik der Wahrung der friedlichen und nationalen Interessen des Volkes betrieben. Imperialisten und Militaristen von einst, alte Beamte aus Justiz, Wirtschaft, Kultur und Politik be-

setzten die verantwortlichen Stellen des westdeutschen Staates und sind seit Jahren dabei, Westdeutschland zu einem wichtigen Bestandteil des imperialistischen Lagers auszubauen, ketteten die Bundesrepublik an die Pariser Verträge, verkauften damit auf Jahre die westdeutsche Souveränität und träumen im Rahmen der NATO von der „Neuordnung Europas“ im „großdeutschen“ Sinne. Für sie gibt es nur eine „Befreiung“ der „Ostzone“ von „kommunistischer Unterdrückung“.

Aus diesen — objektiven — Tatsachen leiten wir die Feststellung ab, daß unsere Deutsche Demokratische Republik der einzige rechtmäßige deutsche Staat ist. Das gibt uns besonderen Anlaß, den 10. Geburtstag unserer Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Friedensstaates in der deutschen Geschichte, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates, festlich zu begehen und viele gute Taten für den Sieg des Sozialismus als Geburtstagsgeschenke darzubringen.

Quellenverzeichnis

1. „Beiträge zur Zeitgeschichte“, Wissenschaftliche Beilage zur Zeitschrift „Dokumentation der Zeit“, 2. Jahrgang (1959), Heft 1.
2. Stefan Doernberg, „Die revolutionäre Umwälzung in der DDR und ihre Etappen“, „Einheit“, Heft 6/1959.
3. Walter Ulbricht, „Einheit“, Heft 11/1951.
4. Gründungsaufruf der CDU vom 26. Juni 1945.
5. Beschluß des V. Parteitages der SED, Berlin 1958.
6. Walter Ulbricht, Rede zum Karl-Marx-Jahr am 5. Mai 1953, in: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 4.
7. Thesen zur Geschichte der CDU.
8. Dr. Gerhard Schüßler: Demokratischer Zentralismus und sozialistischer Arbeitsstil.
9. Protokoll der 1. Parteikonferenz, Berlin 1947.
10. A. Shdanow, „Über die internationale Lage“, Berlin 1947.
11. Materialien des 9. Parteitages der CDU 1958.
12. Dokumente der CDU.
13. W. Ulbricht, Rede auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz an der Akademie „Walter Ulbricht“, April 1958.
14. G. Söder, „Der dialektische Materialismus — scharfe Waffe beim Aufbau des Sozialismus“.
15. Politisches Studium der CDU, Studienjahr 1957/58, Ortsgruppenschulung, Heft 2 (Studienanleitung).
16. K. Polak, „Die Demokratie der Arbeiter-und-Bauern-Macht“, drei Vorlesungen.
17. Politisches Studium der CDU, Ortsgruppenschulung 1957/58, Heft 1 (Studienanleitung).
18. Demokratischer Zentralismus und sozialistischer Arbeitsstil, VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1959.
19. Studienanleitung zum dialektischen und historischen Materialismus (Hochschulfernstudium, Thema 1—4), 1955/56.
20. K. Polak, „Die Dialektik in der Entwicklung unserer Staatsfrage durch W. Ulbricht“.
21. Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht und Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen vom 17. Januar 1957.
22. Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR vom 11. Februar 1958.
23. „Kämpft für den Abschluß eines Friedensvertrages — stärkt unsere Republik — sichert das Leben der Nation“, Bericht über die Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 16./17. März 1959 in Cottbus.

24. „Mit uns ist die Zukunft und der Friede“, Entschließung der Sitzung des Hauptvorstandes der CDU vom 16./17. März in Cottbus.
25. „Auf sozialistische Art leiten, arbeiten, leben“ – Referat des Sekretärs des ZK der SED Gerhard Grüneberg auf der Partei- und Staatsfunktionärkonferenz am 20. Februar 1959 („Sozialistische Demokratie“ vom 6. März 1959, Sonderbeilage).
26. „Für eine Wende in der Forschungs-, Lehr- und Erziehungsarbeit an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften“, Referat von Gerhard Grüneberg in der Lehrerkonferenz der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften am 24. April 1959.